

# stachlige ARGUMENTE



Nr 174 / Mai 2009  
Zeitschrift des  
Landesverbandes Berlin

MENSCHEN & ZEITEN,  
LEBEN & DEBATTEN:

MIT

WETZ!

FÜR EIN BESSERES EUROPA



\* Was Europa Tatsächlich Zusammenhält

**PARTEILEBEN**  
Neue Frauenpower

**MENSCHEN UND ZEITEN**  
Krise am Kotti

**DEBATTE**  
Hoşgeldiniz Türkiye?

**Titelthema**

- 4 Eine gemeinsame politische Kultur für Europa**  
*von Gesine Schwan*
- 8 „Es gibt keinen Kapitalismus ohne Spekulation!“**  
*Gespräch mit André Brie und Sven Giegold*
- 11 OSZE reloaded**  
*von Martin Albani*
- 14 Alles auf Erneuerbar**  
*von Lutz Mez*
- 15 Die Grenzen Europas**  
*von Ska Keller*
- 16 Drehkreuze diskriminieren!**  
*von Elisabeth Schroedter*
- 18 Mit grünen Ideen 1 Million neue Jobs schaffen**  
*von Renate Künast*

**Parteilieben**

- 20 „Brüssel ist einfach anders“**  
*von Djuke Nickelsen*
- 22 Basis: jetzt noch mehr**  
*Gespräch mit Stefanie Remlinger und Sebastian Bukow*
- 24 Neue Frauenpower im Landesvorstand**  
*von Djuke Nickelsen*
- 25 Die Stadtteilkonferenz als Erfolgsrezept**  
*von Hanna Schumacher und Jochen Biedermann*
- 26 Neues aus dem Abgeordnetenhaus**  
*Neues aus der Kommandantur*  
*Neues aus der Dirschauer*



**Debatte**

- 28 Das Pankower Smiley-System**  
*von Jens-Holger Kirchner*
- Einspruch: Verbraucherschutz ja - aber nicht so!**  
*von Christine Dörner*
- 30 Blühende Tafellandschaften**  
*von Benedict Ugarte Chacón*
- 32 Für eine grüne Autopolitik**  
*von Felix Beutler*
- Einspruch: Für eine menschliche, grüne Mobilität!**  
*von Robert Rädcl*
- 36 Hoşgeldiniz Türkiye? Hoşgeldiniz!**  
*von Oliver Münchhoff*

**Menschen und Zeiten**

- 38 Krise am Kotti**  
*von Benedikt Lux*
- 40 Grüner Frühling in Bildern**
- 42 Hinterm Puls der Zeit - Parteien in Berlin**  
*von Matthias Tang und Corinna Seide*
- 44 Höchste Auszeichnung für Integrationsprojekt in Lichtenberg**  
*von André Stephan*
- 45 Kolumne Grüner Leben**  
*von Holger Michel*
- 46 LeserInnenbriefe**  
**Termine/Impressum**

# europa

## angestachelt!

Der Sommer ist da und mit ihm kommen die beiden großen Wahlkämpfe. Wir Berliner sind nach zwei wahlkampf-freien Sommern gut ausgeruht und dank zwei erfolgreichen Volksentscheiden hoch motiviert. Mit WUMS geht es nun nach Europa - dieses Heft soll inhaltliches Futter geben.

Die große Frage, denen sich unsere Autoren zu den jeweiligen Politikfeldern widmen, ist, was die EU zusammenhält und wie sie normativ zu gestalten sei. Grundsätzlich stellt Gesine Schwan fest, dass die EU mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft sein muss, dass gemeinsame Werte Vertrauen und Identifikation ermöglichen. Sie betont aber auch, dass eine gemeinsame politische Kultur von einer Freude an Vielfalt getragen sein soll. Im Gespräch zwischen Sven Giegold und André Brie sind Wirtschaftskrise und Lissabonvertrag Thema, sowie die Widersprüchlichkeiten der Partei die Linke in der europäischen Debatte. Martin Albani betont die Wichtigkeit von Frieden und Sicherheit und diskutiert die Rolle der OSZE. Daran anschließend beschäftigt sich Ska Keller mit den Grenzen Europas und fordert einen liberaleren und verantwortlicheren Umgang mit Migration.

Elisabeth Schroedter verweist auf die europäischen Erfolge in der Antidiskriminierung und darauf, dass es nur Europa zu verdanken ist, wenn in Deutschland endlich die Barrieren fallen. Auch Energieversorgung und Klimaschutz sind europäische Verantwortung, die Studie von Lutz Metz und Elisabeth Schroedter sei allen ans Herz gelegt, die am Stand für Erneuerbare Energien streiten. Und nach Europa führt dann ganz konsequent auch unsere Reportage, Djuke Nickelsen hat drei Grüne getroffen, die sich mit Begeisterung ganz der europäischen Idee verschrieben haben.

Unsere Redaktionssitzungen sind neben der organisatorischen Heftarbeit immer auch Ort fröhlicher Diskussionen. Der Pankower Smiley hat hier Fans und Kritiker, wir haben ihm den angemessenen Raum gewidmet. Außerdem diesmal im Programm: eine Million Jobs, Autos und Tafeln, die Türkei, Island und Neukölln, Kandidatennominierungen und Topmodelcasting. Wir freuen uns auch weiterhin über kritische Leserbriefe und Debattenanstöße und wünschen einen erfolgreichen 7. Juni!

*Christine Dörner, Katrin Langenbein und Ronald Wenke  
Redaktion Stachlige Argumente*





## Eine gemeinsame politische Kultur für Europa – Herausforderungen und Chancen

Seit ihrer Gründung wird die Europäische Union als politische Institution mit ausgeprägter Skepsis betrachtet. Sie hat zahlreiche Krisen, in denen ihre Auflösung drohte, überdauert und erwies sich damit als beständiger als viele erwartet hatten. Die Grundfrage allerdings, ob der europäische Staatenbund eine Werte- oder eine Wirtschaftsgemeinschaft ist, hat die EU bis heute nicht beantwortet. Dies führt zu periodischen Krisen.

Die heftige Debatte des Jahres 2003 um die Irak-Politik, die tiefen Gräben, welche die Union in Fragen der Haltung zur Bush-Administration durchschnitten, das Scheitern der EU-Verfassung und nun die umstrittene Frage, ob die Türkei perspektivisch der Union beitreten soll, scheinen die Zweifel der Skeptiker an der Zukunftsfähigkeit der EU zu bestätigen.

Verfügen wir Europäer über genügend Gemeinsamkeiten, um in und mit der Europäischen Union überleben zu können und um vor allen Dingen gemeinsam handeln zu können? Gibt es trotz konkreter politischer Konflikte und

seit Jahrhunderten verwurzelter unterschiedlicher nationaler und kultureller Traditionen so etwas wie eine gemeinsame politische Kultur in Europa? Grundet diese auf das Christentum, die Menschenrechte, den Humanismus oder die Aufklärung? So unumstritten, wie die Bedeutung der politischen Kultur für demokratische Stabilität mittlerweile ist, so unklar bleibt doch nach wie vor der Begriffsinhalt des Terminus 'politische Kultur'.

Was also meint politische Kultur im Zusammenhang mit Europa? An dieser Stelle soll der Einfachheit halber die komplexe Definition eines kulturellen politischen Minimums auf eine Reihe von Elementen reduziert werden, die zur Bildung einer gemeinsamen Grundlage für die Europäische Union unerlässlich sind: Dazu gehören neben dem Wunsch, politisch eine Einheit zu bilden, demokratische Strukturen – gleichgültig, ob in Form einer Verfassung oder eines Verfassungsvertrages –, ein in Grundzügen einheitliches Konzept sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit, ein gewisses Set an gemeinsamen Werten sowie die Aussicht bzw. das Ziel, eine aktive Rolle in dem sich entwickelnden internationalen System zu über-

nehmen. Die Frage ist, ob die Mitgliedsländer der EU in diesen Bereichen über ausreichend Gemeinsamkeiten verfügen, damit man von einer gemeinsamen politischen Kultur sprechen kann.

### **Die ungezählten Versuche, Europa als politische, geographische und kulturelle Einheit zu definieren, nehmen meist den Vergleich mit und die Abgrenzung von außereuropäischen Ländern zum Ausgangspunkt.**

Dazu zählen neben den Vereinigten Staaten insbesondere Russland und die Türkei. Während niemand ernsthaftes Interesse an einem Beitritt Russlands zur EU hat, ruft die geplante Aufnahme der Türkei tiefer gehende Kontroversen hervor. Doch die Gegner formieren sich nicht nach nationalen Gesichtspunkten. Vielmehr spielt die Religions- oder Konfessionszugehörigkeit eine Rolle.

So neigen Länder, die Europa in einer christlichen Tradition sehen, dazu, die Türkei auszuschließen, ohne sich im Übrigen bewusst zu sein, dass der Ausschluss moslemischer Traditionen auch den Ausschluss jüdischer Traditionen impliziert. Andererseits wächst sogar im streng katholischen Polen die Zahl derer, die eine säkulare Trennung von Staat und Religion fordern, so dass sich der kulturelle zu einem politischen Konflikt ausweiten könnte. Hier liegt sicherlich eine der zentralen Herausforderungen für das künftige Europa: eine Balance zu finden aus der Fundierung der gemeinsamen Werte in der christlich-abendländischen Tradition und einer kulturellen Öffnung, welche die nicht-christlichen Länder sowie die nicht-christlichen Bevölkerungsteile in den Mitgliedsstaaten inkludiert.

#### **Unterschiedliche Staatskonzepte und Einstellungen zum Staat**

Einer der wichtigsten Aspekte bei der Beurteilung einer politischen Kultur ist traditionell die Einstellung des Bürgers zum politischen System. Der von David Easton

geprägte Begriff der „Systemunterstützung“, der im Gegensatz zur Unterstützung einer bestimmten Regierung steht, findet sich in einer Vielzahl politischer Analysen. Im Sinne der historischen Traditionen ist darunter die Rolle zu verstehen, die der Staat in einer nationalen Gesellschaft einnimmt.

Während der Staat in den angelsächsischen Ländern nach der Theorie des englischen Philosophen John Locke als Ergebnis der rechtmäßigen Interessen der Gesellschaft angesehen wird und die Aufgabe hat, diese Interessen ausschließlich auf Grund seines gesellschaftlichen Mandats wahrzunehmen, räumt die deutsche Tradition den wichtigen staatlichen Funktionen und der staatlichen Autorität eine deutlich höhere, geradezu metaphysische Bedeutung ein. Georg Wilhelm Friedrich Hegels Kritik an der Konzeption Lockes von einem Regierungssystem, die das Fehlen jeglicher metaphysischen Dimension des Staates und dessen Instrumentalisierung für die Interessen des Bürgertums bemängelt, ist exemplarisch für diese deutsche Tradition.

**D**er Fall Polens stellt sich wiederum in einem anderen Licht dar. Nach fast zweihundert Jahren Fremdherrschaft sah die polnische Bevölkerung in der Institution Staat per se ein Feindbild und versuchte, sich mit Hilfe der Kirche diesem Einfluss zu widersetzen. Aus diesem Widerstand gegen Fremdherrschaften hat sich das bis heute ausgeprägte Misstrauen entwickelt und ist eine „natürliche Charaktereigenschaft“ der Polen. Es unterscheidet sich in dieser Hinsicht von der angelsächsischen Ausprägung, das sich in einer grundsätzlichen Skepsis gegenüber jeglicher Machtkonzentration ausdrückt. Die Schlüsselbegriffe, die die Bereitschaft signalisieren, auf politischer Ebene zusammenzuarbeiten – Legitimität und Identifikation – werden von den Polen nur zögerlich auf ihren Staat und mit noch mehr Zurückhaltung auf die Europäische Union angewandt. In Italien liegt der Fall ähnlich, wenngleich dies ganz andere historische Gründe hat.

Setzen wir diese innereuropäischen Divergenzen und die für eine gemeinsame politische Kultur notwendigen Voraussetzungen in Relation zueinander, so ergeben sich aus meiner Sicht die folgenden Schlussfolgerungen:

**U**ngeachtet des auch in mentalitätsmäßig nachweisbaren „Nord-Süd-Gefälles“ besteht in Europa grundsätzlich ein Gefühl der Zugehörigkeit zu Europa und eine Identifikation mit europäischen Werten und Idealen. Den weit zurückreichenden Differenzen zwischen und in den beiden „Lagern“ muss dessen ungeachtet sowohl bei der Bildung von Institutionen als auch bei der Formulierung konkreter politischer Ziele Rechnung getragen werden.

Die demokratischen Prinzipien werden durch Haltungen und Einstellungen in der Bevölkerung nicht in Frage gestellt. Fraglich ist allerdings, inwieweit sie im Falle tiefgreifender wirtschaftlicher oder sozialer Krisen bindende Wirkung haben. Tatsächlich war diese Frage nicht nur der Anstoß dafür, die Grundlagen politischer Kultur zu erforschen. Sie ist vielmehr immer noch aktuell – sogar für Staaten wie Deutschland, die mittlerweile fest in der Demokratie verankert zu sein scheinen.

Einer der Meinungsunterschiede zwischen der gewichtigeren Gruppe der südlichen Länder und der kleineren Gruppe von Nordstaaten spiegelt sich in der Uneinigkeit wider, die nach wie vor über den Umfang der von der Europäischen Union zu entwickelnden gemeinsamen Politik herrscht. Das Fundament für ein großes „europäisches Haus“, das neben der Wirtschafts- und Sozial-, der Innen- und Außenpolitik auch eine gemeinsame Sicherheitspolitik einschließt, steht noch auf einer zu unsicheren Basis. Die Erfahrungen und Vermächtnisse der Vergangenheit bestehen fort und begründen unterschiedliche Prioritäten. Vertrauen ist ein wichtiger Faktor. Vertrauensbildung muss kontinuierlich, umsichtig und wohlüberlegt erfolgen.

Ein bislang nicht thematisierter Bereich ist der der Sozialpolitik: Es gibt ganz eindeutig ein allgemeines Gefühl der Unsicherheit und des Widerstands gegen die Geschwindigkeit des wirtschaftlichen und sozialen Wandels und gegen die Art und Weise, wie die sozialen Netze in Europa durch die wirtschaftliche Logik des Kapitalismus zerstört werden. Dies deutet auf eine bemerkenswerte Sensibilität für soziale Probleme und gemeinsame Wertgrundlagen sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit hin.

Wenig Klarheit herrscht im Hinblick auf die europäische

Rolle des „global players“. Hier unterscheiden sich die Meinungen jener, die Europa in Konkurrenz zu den USA sehen, von jenen, die die Aktivitäten der EU ausschließlich auf die Zusammenarbeit mit den USA beschränkt sehen wollen.

### **Wie zu sehen ist, bleibt eine Reihe von Unterschieden und möglicherweise sogar Diskrepanzen bestehen, die es schwer machen, von einer gemeinsamen politischen Kultur in Europa zu sprechen.**

Richard Löwenthal, während der sechziger und siebziger Jahre Professor für Politikwissenschaften in Berlin, wurde nicht müde, seiner studentischen Zuhörerschaft zu erklären, dass Demokratie das System sei, das die meisten Lernprozesse erfordere aber auch anstoße. Diese Aussage trifft auch auf die demokratische Europäische Union zu. Die jüngsten Erfahrungen aus dem Irak-Krieg boten allen Beteiligten die Chance zu lernen und zusammenzurücken.

Eine der Fragen, die sich unweigerlich in diesem Lernprozess stellen wird, lautet: Wie viel Gemeinsamkeit brauchen wir und wie viele Unterschiede sind für die Europäische Union nicht nur tolerabel, sondern sogar zuträglich? Klar ist, dass wir eine Schnittmenge gemeinsamer Werte und politischer Konflikte benötigen. Doch wie groß muss diese sein? Entgegen der weit verbreiteten Annahme, dass Vielfalt eine Bedrohung darstellt, soll hier behauptet werden, dass Vielfalt in religiösen, politischen oder kulturellen Fragen, sofern sie als positive Herausforderung verstanden wird, auch zum Vorteil einer politischen Einheit gereichen kann.

Gesine Schwan



# „Es gibt keinen Kapitalismus ohne Spekulation!“

Sie gelten als Vordenker ihrer Parteien. Im Stacheligen-Interview sprechen Dr. André Brie (Die Linke) und Sven Giegold (Bündnis 90/Die Grünen) über die Rolle Europas in der Wirtschaftskrise, über den Lissabon-Vertrag und mögliche rot-rot-grüne Koalitionen.



André Brie



Sven Giegold

## Stachlige Argumente:

**Wir erleben die schlimmste Wirtschaftskrise seit 80 Jahren. Welche Rolle sollte die EU jetzt spielen?**

### André Brie:

Der EU kommt eine sehr zentrale Rolle zu: Erstens hat sie maßgebliche Verantwortung für das Zustandekommen der Krise und insbesondere des Zusammenbruchs der Finanzmärkte. Mit einer massiven Deregulierung, die seit 1999 auf diesem Gebiet betrieben wurde, auch mit ihrer Sozial- und Wirtschaftspolitik. Zweitens sind aber die Nationalstaaten allein nicht geeignet, die Herausforderungen zu meistern. Hier ist abgestimmte Politik notwendig und Europa hat hier - sogar unabhängig von den USA - sehr große Spielräume.

### Sven Giegold:

Wir wollen, dass die EU mit einem grünen New Deal reagiert. Das bedeutet: Erstens müssen die Finanzmärkte strikt reguliert werden. Zweitens muss man dafür sorgen, dass die Lasten der Krise wirklich sozial gerecht verteilt werden. Hier muss die Frage nach den Einkommens- und Vermögensverteilungen gestellt werden und durch entsprechende steuerliche Maßnahmen beantwortet werden. Drittens muss man dafür sorgen, dass wirtschaftliche Dynamik entsteht. Wir müs-

sen investieren in Klimaschutz, in erneuerbare Energien, in Bildung und soziale Infrastruktur. Nur wenn Europa bewusst in diese Bereiche investiert, kann eine Anti-Krisenpolitik eine Chance haben. Leider ist die aktuell erlebbare Politik besonders in Deutschland das genaue Gegenteil davon.

### André Brie:

Es kann aber nicht nur um eine Re-Regulierung der Finanzmärkte gehen. Wir müssen den Kasino-Kapitalismus an den Finanzmärkten insgesamt abschaffen. Ein transparenterer oder regulierterer Markt wird wohl - da bin ich sicher - auch den Grünen nicht ausreichen.

### Sven Giegold:

Es gibt keinen Kapitalismus ohne Spekulation. Insofern hilft uns der Slogan „Spekulation abschaffen“ nicht weiter. Wenn Leute Risiken eingehen, dann ist das auch gesellschaftlich nützlich. Aber sie müssen für ihre Risiken selbst haften. Dieses Prinzip ist völlig aufgelöst worden. Banken und Fonds haben sich verzockt und nehmen nun den Steuerzahler in die Haftung. Das ist eine Form von Erpressung und völlig inakzeptabel. Insofern reicht es nicht aus, nur das bestehende System zu regulieren, es geht auch um Begrenzung. Wir müssen die Räume dessen, was die Finanzmärkte machen, beschränken.

## Stachlige Argumente:

**Neben den grundsätzlichen Schwierigkeiten gibt es aber jetzt auch eine ganz reale Rezession in Deutschland und Europa. Was wollt ihr denn konkret tun, wenn die Arbeitslosenzahlen steigen werden im Sommer?**

### Sven Giegold:

Der grüne New Deal ist genau dafür da: Wir müssen in neue wirtschaftliche Dynamik investieren. Aber nicht beliebig, sondern gezielt in Zukunftssektoren. Hier sollte man mit staatlichen Mitteln - und auch unter der bitteren Pille der Neuverschuldung - investieren, sonst droht die Gefahr einer lang anhaltenden Rezession und Deflation. Deutschland ist in besonderer Verantwortung: Wir haben in der Vergangenheit mit enormen Handelsbilanzüberschüssen auf Kosten der Nachbarn profitiert.

### André Brie:

Auch damit bin ich weitgehend einverstanden. Der erste Schritt muss sein, den kreditpolitischen Generalstreik der Banken zu beenden. Dazu muss der Staat in diesen Sektor direkt eingreifen. Zweitens brauchen wir ein ökologisch und beschäftigungspolitisch nachhaltiges Investitionsprogramm und die Stärkung der Binnennachfrage durch Umverteilung von Oben nach Unten. Wir können uns nicht damit abfinden, dass jetzt die Menschen auf dem

Arbeitsmarkt die Leidtragenden der Situation sind.

## Stachlige Argumente:

**Die Linke - über die Partei die Linke hinaus - scheint gespalten zu sein, in der Frage, wie man mit Europa umgeht. Braucht man mehr Integration oder weniger?**

### André Brie:

Wir brauchen eine andere Integration und davon mehr! Die alte Idee einer europäischen Wirtschaftsregierung wäre ein Gegenmodell zur Lissabon-Strategie. Der Prozess zwingt die Staaten in den Wettbewerb. Die haben dann nur zwei Möglichkeiten: Löhne oder Unternehmenssteuern senken. Der Wettbewerb treibt Europa auseinander. Wir brauchen eine Sozialunion mit Standards, die allmählich nach oben geführt werden. Das ist ein neuer Ansatz von Integration, der auch zu einer Vertiefung führt - gegen die doch faktisch laufende Re-Nationalisierung.

## Stachlige Argumente:

**Sven, in Sachen Lissabon-Vertrag bist du ja bei den Grünen Vordenker - einige würden wohl sagen: „Abweichler“. Du hast gegen den Vertrag argumentiert.**

### Sven Giegold:

Für mich hat dieser Prozess mit der französischen Debatte über den

Verfassungsvertrag begonnen. Es gab dort es eine sehr anspruchsvolle Diskussion darüber, welches Europa wir eigentlich wollen. Die Franzosen haben den Verfassungsvertrag abgelehnt, weil sie sagen: Mit diesem Rahmen ist es sehr schwer, ein wirklich soziales, ökologisches und friedliches Europa durchzusetzen. In der Tat widerspricht der im Wesentlichen unveränderte Lissabon-Vertrag einem solchen Weg. Das „Non“ zum Vertrag war nie ein Veto gegen den Prozess der Europäisierung. Die Rolle von sozialen Bewegungen ist es, einen solchen Vertrag zu blockieren, um einen besseren zu bekommen.

## Stachlige Argumente:

**Das Ergebnis ist ja, dass wir mit Nizza weiterleben müssen. Ist die Stärkung des europäischen Parlamentes nicht ein richtiger Weg?**

### André Brie:

Ich habe auch „Nein“ zum Lissabon-Vertrag gesagt, was mir nicht leicht fiel. Die Alternative Nizza ist in vielerlei Hinsicht schlechter: was die demokratischen Möglichkeiten, die Rechte des Parlamentes, was die Grundrechtecharta angeht. Das sind wichtige Fortschritte, und dennoch sage ich: Dieser Vertrag ist besser - aber immer noch schlecht. Die Grundthese einer freien Wettbewerbspolitik als Kern der europäischen Integration wird übernommen.

men. Das macht eine soziale Politik schwer und zum Teil unmöglich: beim Vergaberecht, bei der Entsenderichtlinie oder sogar beim Streikrecht.

**Sven Giegold:**

Mir ging es ähnlich. Ich bin Föderalist. Ich halte nichts von Orientierungen auf den Nationalstaat. Europa ist ein historischer Fortschritt. Gleichzeitig wird mit diesem Vertrag - genau wie bei Nizza - die Delegitimierung von Europa vorangetrieben. Wenn das soziale Europa nicht erreicht wird, werden sich die Bürgerinnen und Bürger immer lauter fragen: „Was bringt mir dieses Europa?“ Es ist nicht anti-europäisch, Lissabon abzulehnen. Die GegnerInnen von Lissabon müssen zeigen, wie man nach einem „Nein“ zu einem besseren Vertrag kommt. Insofern ist die Linke als Ganzes in einem strategischen Dilemma: Eine einfache Antwort gibt es nicht. So ehrlich muss man sein.

**André Brie:**

Die Konzepte liegen aber auf dem Tisch. Wir brauchen starke soziale Bewegungen - ein anderes gesellschaftliches Klima. Wenn dieser Vertrag wieder scheitert, müssen die Regierungen aufwachen und merken, dass es ohne eine Wiedergewinnung der Bürgerinnen und Bürger - eine große faszinierende Idee wie es die des Friedens in Europa war und ist - keinen Fortschritt geben wird. Das ist erst mal nur eine abstrakte Hoffnung.

**Sven Giegold:**

Wir sollten ehrlich genug sein, dass

dies derzeit nicht um die Ecke lauert. Viel größer ist die Gefahr einer noch stärkeren Nationalisierung. Die entsprechende Politik können wir derzeit bei der großen Koalition in Deutschland schon besichtigen.

**Stachlige Argumente:**

**Diese Tendenzen gibt es ja nicht nur bei der großen Koalition, sondern durchaus auch bei der Linkspartei. Im Wahlprogramm gibt es die Forderung nach einem „Vorrang der nationalen Gesetzgebung bei den Grundrechten vor der europäischen Ebene“. Das ist auch eine Form der Nationalisierung.**

**André Brie:**

Ich sehe unser Wahlprogramm tatsächlich als sehr widersprüchlich an. Auf den Punkt gebracht: Die Linke fordert eigentlich einen europäischen Super-Staat und ist zugleich gegen ihn. Meine Position: Eine Linke, die nicht wirklich internationalistisch ist und die nicht begreift, dass die europäische Integration eine Chance ist, wird ihre politischen Möglichkeiten verspielen.

**Stachlige Argumente:**

**Ihr beiden seit Euch sehr oft einig. Wo würdet Ihr die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Grünen und der Linken als Parteien sehen?**

**André Brie:**

Ich sehe mit den Grünen und der SPD durchaus beträchtliche Schnittmengen in der Sozial- und Beschäftigungspolitik und auch der Frage der Ökologie. Das Problem der SPD

ist, dass sie diese programmatischen Möglichkeiten nicht ausschöpft - da fehlt der politische Wille. Inhaltlich gibt es zwei Punkte, die zur Zeit ungelöst sind für eine mögliche Koalition: das ist die Europapolitik und die Außen- und Sicherheitspolitik.

**Sven Giegold:**

Wenn man das grüne Programm anschaut: Die zentralen Projekte können nur mit einer rot-rot-grünen Koalition ernsthaft umgesetzt werden. In einem fünf-Parteien-System kann die SPD einen relevanten Teil der Wählerschaft nicht mehr an sich binden. Damit fallen rot-grüne Mehrheiten auf absehbare Zeit aus. Und die Gründe für die Gründung der Linkspartei sind ja auch nicht einfach vom Tisch zu wischen. Der Grund für mich zu den Grünen zu gehen: Wie wichtig ist den Aktiven und der Parteispitze der Linkspartei der ökologische Umbau und die Veränderung des Lebensstils wirklich? Bei der Linken gibt es sehr viele - Lafontaine und Gysi eingeschlossen - die dies ihren Wählerinnen und Wählern nicht zumuten wollen. Die größte soziale Ungerechtigkeit ist unser Umgang mit den Entwicklungsländern und den zukünftigen Generationen. Dieser Frage widmen sich mit Verve letztlich nur die Grünen.

**Stachlige Argumente:**

**Herzlichen Dank für das Gespräch!**

*Die Fragen stellten Djuke Nickelsen und Ronald Wenke*



# OSZE reloaded?

Chancen und Risiken einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur

Am 5. Juni 2008 machte der russische Präsident Dimitri Medwedew in seiner Rede in Berlin einen bemerkenswerten Vorschlag: Eine neue gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur solle in einem völkerrechtlich bindenden Vertrag alle Staaten von „Vancouver bis Wladiwostok“ umfassen. Ziel wäre, „gleiche Sicherheit“ für alle zu gewährleisten: Durch ein Festschreiben der Rüstungskontrolle und den Verzicht auf Einsatz von Gewalt gegeneinander.

Darüber hinaus forderte Medwedew, kein Staat und keine internationale Organisation dürfe exklusive Rechte zum Schutz des Friedens besitzen. Das Ende der NATO wäre somit de facto besiegelt. Zunächst weitgehend unbeachtet, wurde der Vorschlag von Präsident Medwedew insbesondere nach dem Krieg in Georgien auch im Westen immer stärker diskutiert. Aber bietet er wirklich die Chance auf eine belastbare und nachhaltige Friedensordnung für den europäischen Kontinent?

Der Bedarf für eine gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur ist nach dem Ende des Kalten Krieges nicht geringer geworden, im Gegenteil. Die Spannun-

gen in Berg-Karabach, Transnistrien, auf der Krim oder im Kosovo sprechen eine deutliche Sprache. So lauern in engster Nachbarschaft zur Europäischen Union zahlreiche momentan „eingefrorene“, aber deswegen nicht minder gefährliche Konflikte. Aber auch die ungelösten Abrüstungsfragen zwischen den USA und Russland belasten die Stabilität in Europa. Hinzu kommt das nach wie vor starke Misstrauen der osteuropäischen NATO- und EU-Mitglieder gegenüber Russland. Dabei lassen sich auf Dauer alle Sicherheitsprobleme in Europa nur mit, nicht gegen Russland lösen. Wie aber ein wieder erstarktes Russland einbinden, das sich mehr und mehr als „vom Westen“ eingekreist betrachtet?

**Drei Optionen werden in dieser Hinsicht immer wieder diskutiert**

Vor allem der damalige russische Präsident Boris Jelzin hatte Mitte der 90er Jahre den Beitritt Russlands zur NATO ins Spiel gebracht. Dieser Vorschlag wurde von Seiten der NATO jedoch schnell verworfen. Zu gefährdet erschien die Stabilität des Bündnisses vor dem Hintergrund der ungelösten Interessenkonflikte zwischen den osteuro-



päischen Staaten und Russland. Mit dem Wiedererstarken Russlands nahm auch das Interesse Moskaus am Beitritt zu einer US-amerikanisch dominierten NATO deutlich ab.

Der Vorschlag Medwedews dagegen zielt auf eine Sicherheitsarchitektur, in der die USA, die EU und Russland auf gleicher Augenhöhe am Verhandlungstisch sitzen. Das Ende der Führungsrolle der NATO als Ordnungsfaktor in Europa wäre dafür Grundvoraussetzung. So wünschenswert eine derart kooperative Sicherheitsarchitektur wäre, erscheint eine Abschaffung der NATO doch mittelfristig als wenig realistisch. Darüber hinaus würde angesichts einer erst in den Anfängen steckenden Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik die Position der EU-Mitgliedsstaaten in einer solchen Konstellation erheblich geschwächt.

Eine grundlegende institutionelle Neuordnung der europäischen Sicherheitsarchitektur erscheint aus den oben genannten Gründen im Moment wenig realistisch. Der Krieg in Georgien hat allerdings deutlich gezeigt, dass ein „Weiter so“ keine Alternative ist. Damit bleibt nur die Option der kleinen Schritte. Als Forum dafür bietet sich die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) an, ist sie doch momentan die einzige existierende Internationale Organisation in Europa, in der alle Staaten gleichberechtigt an einem Tisch sitzen. Eine sicher-

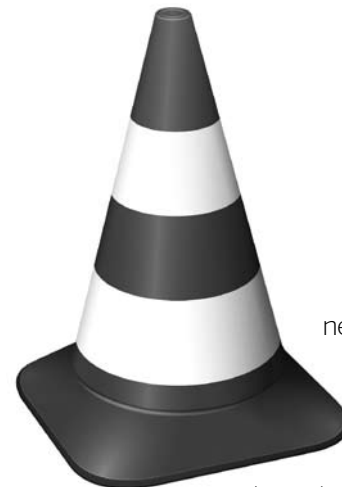


heitspolitische Aufwertung der OSZE kann den institutionellen Rahmen schaffen, um Mechanismen zur Lösung von Konflikten und effektive Sanktionsmöglichkeiten bei Vertragsbrüchen zu entwickeln. Mittelfristig könnte sich daraus das Gerüst einer institutionalisierten europäischen Sicherheitsarchitektur entwickeln.

**Zur Stärkung der OSZE bedarf es dabei nicht so sehr institutioneller Reformen, sondern vor allem vertrauensbildender Maßnahmen, sowohl von westlicher als auch von russischer Seite.**

Das Überdenken des umstrittenen Raketenabwehrsystems in Osteuropa und eine zurückhaltende Haltung beim Thema des umstrittenen NATO-Beitritts der Ukraine und Georgiens wären erste wichtige Schritte des Westens. Russland dagegen sollte deutlich stärkere Anstrengungen unternehmen, um sich beispielsweise in den Konflikten im Südkaukasus als verlässlicher, dialogbereiter Partner zu erweisen. Eine Zugangsgarantie für die zivile Beobachtermission der EU nach Südossetien wäre ein erster konkreter Schritt in diese Richtung.

Auch im Energiesektor hat Russland noch Überzeugungsarbeit zu leisten, um als verlässlicher Handelspart-



ner wahrgenommen zu werden. Auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle wären die Ratifizierung des angepassten Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa (AKSE) durch die westlichen Staaten und eine Neuverhandlung des START-Vertrags wichtige weitere Schritte, um Vertrauen aufzubauen und zu festigen. Eine sicherheitspolitische Aufwertung der OSZE darf allerdings nicht auf Kosten eines fortgeführten Dialogs über grundlegende gemeinsame Werte stattfinden. Ernsthafte Bemühungen Russlands für mehr innerstaatliche Demokratie und Pressefreiheit wären hier ein wichtiges Signal.

Diese Politik der kleinen Schritte erscheint momentan als der einzig gangbare Weg, um langsam Vertrauen zwischen Russland und dem Westen aufzubauen. Dabei ist es durchaus legitim, wenn beide Seiten ihre Interessen im Blick behalten. Ziel muss aber sein, gemeinsame Interessen auszuloten, Mechanismen zur konstruktiven Konfliktlösung zu verfestigen und damit das wichtigste Kapital einer zukünftigen kooperativen Sicherheitsordnung zu schaffen: Vertrauen und einen Grundkonsens gemeinsamer Werte. Ob Russland auf einen solchen konstruktiven Ansatz eingeht, würde zeigen, wie ernst es Moskau mit seinem Vorschlag einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur wirklich ist.



Martin Albani

## Die Abteilung Internationales

Im Berliner Landesverband bilden die Landesarbeitsgemeinschaft Europa und die Landesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationales gemeinsam die Abteilung Außenpolitik.

Schwerpunkte der LAG Frieden und Internationales im letzten Jahr waren neben verschiedenen Fragen der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik der Nahost-Konflikt und das Thema Landesentwicklungspolitik. Über den Konflikt diskutierte die LAG mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft, Parteien und Botschaften aus Israel und Palästina. Zudem hat die LAG entwicklungspolitische Leitlinien für das Bundesland Berlin verfasst, die als Position des Berliner Landesverbandes beschlossen wurden. In diesem Jahr sollen die Themen Internationale Klimapolitik und die Responsibility to Protect im Vordergrund stehen.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Europa beschäftigt sich mit europapolitischen Themen, wie zum Beispiel der europäischen Sozial-, Innen- oder Klimapolitik. Dabei diskutieren die Mitglieder der LAG mit Fachleuten aus der Partei und den Fraktionen, aber auch mit Vertreterinnen und Vertretern von NGOs oder unabhängigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern über aktuelle Fragen der Europapolitik, wirkten an der Formulierung der europapolitischen Positionen auf Landes-, Bundes- und Europa-Ebene mit und setzen sich für ein integriertes, transparentes und bürgernahes Europa ein.

Momentan beschäftigt sich die LAG Europa mit dem Europawahlkampf und organisiert dabei Aktionen und Veranstaltungen wie beispielsweise eine Osteuropaveranstaltung mit anschließender Party am 18. Mai im Café Burger.

Die LAGen treffen sich abwechselnd jeden Montag um 19:00 Uhr. Neue Mitglieder und Interessierte sind jederzeit herzlich eingeladen, bei den Veranstaltungen vorbei zu schauen. Die genauen Termine und den Treffpunkt erfahrt ihr unter:

LAG Europa: [www.gruene-berlin.de/europa\\_europa\\_blog.gruene-berlin.de](http://www.gruene-berlin.de/europa_europa_blog.gruene-berlin.de).

LAG Frieden und Internationales: [http://friedeninternat\\_blog.gruene-berlin.de/](http://friedeninternat_blog.gruene-berlin.de/)

## Alles auf Erneuerbar

Wie kann Europa seine Energieversorgung nachhaltig sichern, den Klimawandel effektiv bekämpfen und zugleich seine Wettbewerbsfähigkeit erhöhen?

Erneuerbare Energien spielen neben Energie-Einsparung und Verbesserung der Energie-Effizienz die Schlüsselrolle in einer Strategie nachhaltiger Energiepolitik. In einer Studie für die Heinrich-Böll-Stiftung haben die Autoren Michaele Schreyer und Lutz Mez die Vision einer vollständigen Deckung des europäischen Strombedarfs durch erneuerbare Energien entwickelt.

Europa verfügt aufgrund seiner geologischen, klimatischen und hydrologischen Gegebenheiten und Vielfalt über alle Formen erneuerbarer Energiequellen. Wasserkraft, Windenergie, Solarthermie, Photovoltaik, Geothermie, Wellen- und Gezeitenkraft und Biomasse-Energie können, wenn auch nicht in jedem Land oder in jeder Region, auf dem europäischen Kontinent entwickelt, erschlossen und genutzt werden. Die EU, Norwegen, Island, die Schweiz, die Beitrittskandidaten Kroatien und Türkei zusammen verfügen über ein wirtschaftliches Potenzial für die Erzeugung von grünem Strom, das erheblich größer ist als der heutige und für die Zukunft prognostizierte Strombedarf. Bisher wird aber nur ein Bruchteil des Potenzials für die Erzeugung von grünem Strom genutzt. Europa steht erst am Beginn der Erschließung seiner erneuerbaren Energiequellen.

Dabei könnte auch im Bereich der erneuerbaren Energien durch gemeinsames Handeln eine Vision verwirk-

licht werden, die sich für die einzelnen Mitgliedstaaten allein vielleicht als reine Utopie darstellen würde. Eine neue Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien - ERENE - bietet diese Möglichkeit: ERENE sieht die Potenziale für den vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien im Stromsektor nicht nur im nationalen Rahmen, sondern entwickelt eine gemeinschaftliche Strategie.

Die Gründung von ERENE ist nicht als Alternative zu der im Januar 2008 von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen zu sehen. Vielmehr soll ERENE den Mitgliedstaaten die Möglichkeit bieten, einen ambitionierten Entwicklungspfad nicht nur durch einzelstaatliche Maßnahmen, sondern durch gemeinsames Vorgehen einzuschlagen. ERENE wäre die Avantgarde für die Umstellung der Stromerzeugung von fossilen und nuklearen Energieträgern auf erneuerbare Quellen.

ERENE kann als eine Gemeinschaft auf der Basis eines eigenen Vertrags oder als eine Gemeinschaft zur verstärkten Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten - vergleichbar der Währungsunion - unter dem Dach der EU gegründet werden.

ERENE könnte nach der Schaffung des gemeinsamen Binnenmarkts und der gemeinsamen Währung ein neues großes Projekt für Europa sein, das den Wert verdeutlicht, den gemeinsames Handeln für die Zukunftsfähigkeit Europas hat.

Die Studie kann auf der Website der Heinrich-Böll-Stiftung herunter geladen werden:

[www.boell.de/oekologie/klima-energie-3557.html](http://www.boell.de/oekologie/klima-energie-3557.html)

Lutz Mez



## Die Grenzen Europas

Seit die europäischen Binnengrenzen für den Personenverkehr geöffnet wurden wird versucht, die Einwanderung (ob von Flüchtlingen nach Genfer Konvention oder von MigrantInnen) in die EU als gemeinschaftliches Politikfeld zu betrachten. Heute gibt es eine gemeinsame Regelung über die Zuständigkeit für AsylbewerberInnen, Mindeststandards für Asylgründe und die Grenzschutzagentur Frontex. Ein gemeinsames Asylverfahren und ein Büro zur Unterstützung in Asylfragen sind in Planung.

Im letzten Herbst legte die Kommission dann den „Pakt für Einwanderung und Asyl“ vor. Im Grundsatz verlangen Kommission und Rat, legale Migration zu gestalten, also möglichst nur Hochqualifizierte auf temporärer Basis zuzulassen, um illegale Migration zu verhindern. Dazu gehört eine stärkere Absicherung der gemeinsamen Außengrenzen unter Zuhilfenahme von Frontex, der europäischen Grenzagentur und verschiedene Maßnahmen zur effizienteren Abschiebung illegaler MigrantInnen. So soll z.B. ein Abschiebebescheid eines Mitgliedstaates in allen anderen EU-Ländern ebenfalls gültig sein und es soll verstärkt nach Ausreisepflichtigen gefahndet werden.

Allgemeine Legalisierungskampagnen sollen nicht mehr möglich sein, sondern MigrantInnen können nur noch individuell „legalisiert“ werden. Einmal Ausgewiesene müssen mit einem Wiedereinreiseverbot von bis zu fünf Jahren rechnen. Bis 2012 soll sowohl ein gemeinsames Asylverfahren eingeführt werden, als auch die Erfassung von allen Ein- und Ausreisenden geregelt sein. Abschiebehaft soll künftig bis zu 18 Monate lang möglich sein - in Ausnahmefällen sogar noch länger. Dagegen soll

ein einheitlicher Asylschutz und Mindeststandards für die Unterbringung und Integration von anerkannten Flüchtlingen erreicht werden.

Insgesamt gesehen will die EU die Einwanderung stärker sanktionieren. Auch wenn ein gemeinsames Asylverfahren sicherlich sinnvoll ist, um in Mitgliedsstaaten, die faktisch kein funktionierendes Asylsystem haben, EU-Standards etablieren zu können. Durch das geplante EU-Asylbüro könnten auch Malta und Italien entlastet werden. Eine Neuorientierung der Zuständigkeit für einen Asylantrag könnte dazu führen, dass auch Menschen, die über den Landweg einreisen, im Land ihrer Wahl einen Asylantrag stellen könnten. Es bleibt aber zu befürchten, dass das gemeinsame Verfahren eher restriktiv ausfallen wird, da sich die Mitgliedsstaaten - allen vorweg Deutschland - sicher nicht auf einen liberalen Umgang mit Migration und Integration einigen können.

Dabei ist es an der Zeit, dass der veraltete Flüchtlingsbegriff ausgeweitet wird und auch Menschen, die aus genderspezifischen Gründen fliehen müssen oder, wie das EuGH neulich urteilte, „nur“ mittelbar verfolgt werden, umfasst. Zudem muss die EU ihre Verantwortung für Klima- und Armutsfüchtlinge eingestehen, denn deren Fluchtgründe haben wir mit geschaffen. Solange wir mit unserer Exportpolitik die lokale Landwirtschaft in Afrika in den Ruin treiben oder durch unsere zaghafte Klimapolitik Menschen in ihrer Existenz bedrohen, sollten wir uns nicht wundern, wenn ein paar von ihnen bei uns an die Tür klopfen.

Ska Keller



**LichtBlick**  
die Zukunft der Energie

Wir sind der größte unabhängige Anbieter für umweltfreundlichen Strom in Deutschland. Wir wachsen weiter und suchen für unser Team in **Berlin und Umgebung**

**Kundenberater, Mitarbeiter Sales-Promotion (w/m)**

Wir bieten intensive Einarbeitung, attraktives Einkommen sowie einen Dienstwagen.

Wir erwarten ein sympathisches Auftreten, Zuverlässigkeit, Umweltinteresse und eine positive Grundeinstellung. Ein dynamisches Team erwartet Sie!

**LichtBlick – die Zukunft der Energie GmbH & Co. KG, Niederlassung Berlin**  
Andreas Strauch, Jägerstraße 67-69, 10117 Berlin  
Mobil: 0178/5367520, nl-berlin@lichtblick.de

[www.LichtBlick.de](http://www.LichtBlick.de)



# Drehkreuze diskriminieren!

Grüner Bericht setzt erweiterten Diskriminierungsschutz durch

Bis heute werden jeden Tag Menschen aufgrund ihrer persönlichen Merkmale diskriminiert und gedemütigt. Das geschieht durch Verwaltungsverordnungen genauso wie durch eingeschliffene gesellschaftliche Verhaltensmuster. Wenn Supermärkte Rollis mit Drehkreuzen den freien Zugang zum Geschäft verwehren, ist unsere Gesellschaft noch weit von einem diskriminierungsfreien Miteinander entfernt. Ein Europa der Grundrechte hat im Europäischen Vertrag jedoch allen zugesichert, sich mit ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten aktiv und vollständig in die Gesellschaft einzubringen.

## Diskriminierungsschutz erweitert

Die EU hat auf Grundlage des Antidiskriminierungsartikels des EU-Vertrages in den vergangenen Jahren vier Richtlinien verabschiedet. Opfer von Diskriminierung erhalten dadurch Rechtsmittel, mit denen sie sich gegen diskriminierende Handlungen wehren können. Bei der nationalen Umsetzung war Deutschland das Schlusslicht. Seit 2006 garantiert das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) aber auch in unserem Land das Recht, sich gegen Diskriminierung zu wehren. Die fünfte Richtlinie sieht vor, dass auch für die persönlichen Merkmale Alter,



Behinderung, Religion und Weltanschauung sowie sexuelle Orientierung beim effektiven Zugang zu Dienstleistungen und Gütern einschließlich Wohnraum, zu Bildung, zu sozialen Vergünstigungen und zu Sozialschutz, zur sozialen Sicherheit und zu Gesundheitsdiensten der Schutz vor Diskriminierung gewährt werden muss. Das war ein wichtiger Schritt, um bestehende Hierarchien im Diskriminierungsschutz abzubauen. Es kann nicht sein, dass ein Jugendlicher, der aufgrund seiner Hautfarbe nicht in die Disco gelassen wird, dagegen klagen konnte, ein Homosexueller bisher aber nicht.

## In Berlin fallen letzte Barrieren

Beim Schutz vor Diskriminierung werden die Rechte der Opfer verbessert: Durch die Umkehrung der Beweis-

last müssen nicht die Opfer, sondern die Täter ihre Unschuld beweisen. Auch Verbänden und Organisationen können klagen. Das Parlament hat den Kommissionsentwurf in einer der letzten Sitzungen dieser Legislaturperiode unter Grüner Federführung wesentlich verbessert. So hat es die Rechte behinderter Menschen im Sinne der UN-Konvention gestärkt, um ihnen volle gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Rollis darf der freie Zugang zu Supermärkten oder zum Regelschulsystem nicht mehr versperrt werden.

## Ohrfeige für die CDU

Homosexuellen Paaren hat das Parlament in Aussicht gestellt, dass die europäische Regelung dort gilt, wo sie nicht die Kompetenz der Mitgliedstaaten betrifft. In der

Bildungspolitik werden Sensibilisierungskampagnen in den Verantwortungsbereich der Regierung fallen. Die übergroße Mehrheit im Parlament für den progressiven Richtlinienentwurf ist eine Ohrfeige für die Abgeordneten der CDU/CSU, die alles dafür getan haben, ihn zu Fall zu bringen. Sie wollten bspw. Menschen mit Behinderungen den uneingeschränkten Zugang zu Bildung oder älteren Menschen die gleichberechtigte Behandlung bei Versicherungen und Finanzdienstleistungen verwehren. Scheinbar haben sie noch nicht begriffen, dass die gleiche gesellschaftliche Teilhabe ein Menschenrecht ist.

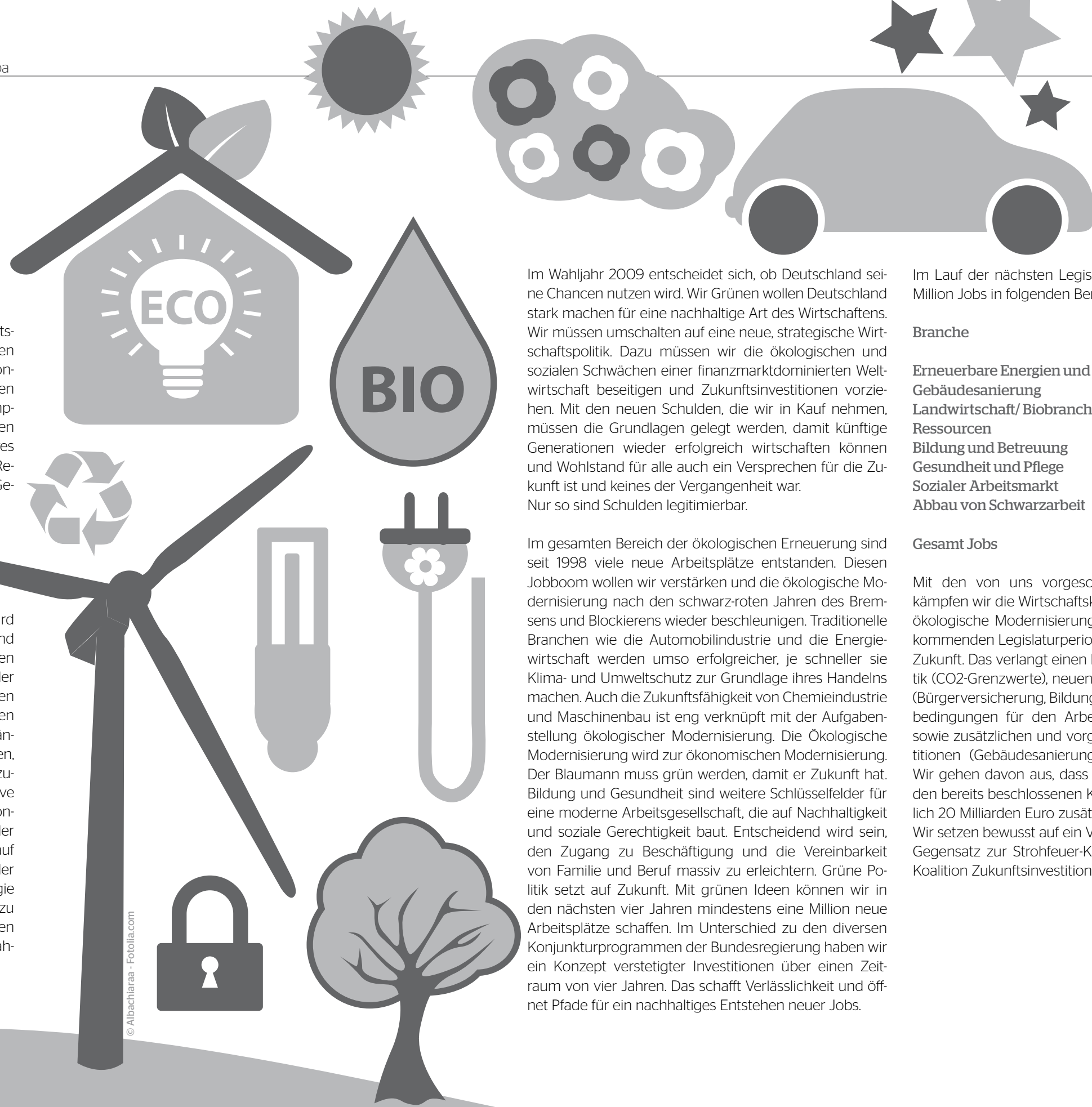
*Elisabeth Schroedter*

Auf Zukunft setzen

# Mit grünen Ideen 1 Million neue Jobs schaffen

Die Welt befindet sich in der schwersten Wirtschaftskrise seit der Depression der 1930er Jahre. Für den Exportweltmeister Deutschland wirkt sich dies besonders drastisch aus. Zahlreiche deutsche Unternehmen – teilweise mit langer Tradition – sind pleite oder kämpfen ums wirtschaftliche Überleben. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sorgen sich um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes. 2009 wird als das Jahr der größten Rezession seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in die Geschichte unseres Landes eingehen.

Die Regierung Merkel/Steinmeier hat auf die gewaltige politische Herausforderung dieser Krise keine Antwort. Mit Klientelgeschenken kriselnde Branchen und alte Strukturen zu pöppeln, wird sich nicht lange auszahlen. Die Politik kurzfristiger und wahlloser Konjunkturprogramme mit Strohfeuerwirkungen à la Abwrackprämie bei hoher Verschuldung ist weder konjunkturadäquat noch verantwortbar. Wir Grüne sagen klar: nur wenn wir finanzielle Förderung mit einer mutigen Ordnungspolitik und einer grünen Industriepolitik ergänzen und unser Land ökologischer und sozialer gestalten, erreichen wir nachhaltiges Wachstum und schaffen zukunftssichere Arbeitsplätze. Es geht um ebenso massive wie nachhaltige Investitionen, nicht um kurzatmige Konjunkturspritzen. Denn aus der Krise werden jene Länder gefestigt und gestärkt hervorgehen, die sich rasch auf die neuen globalen Spielregeln einstellen. Die Märkte der Zukunft sind grün. Das verlangt, Ökonomie und Ökologie fortan fest zu verbinden. Der Umbau der Gesellschaft zu einem neuen klimaverträglichen Leben und Wirtschaften ist die Schlüsselaufgabe der Politik in den nächsten Jahren – und zugleich eine enorme Chance.



Im Wahljahr 2009 entscheidet sich, ob Deutschland seine Chancen nutzen wird. Wir Grünen wollen Deutschland stark machen für eine nachhaltige Art des Wirtschaftens. Wir müssen umschalten auf eine neue, strategische Wirtschaftspolitik. Dazu müssen wir die ökologischen und sozialen Schwächen einer finanzmarktdominierten Weltwirtschaft beseitigen und Zukunftsinvestitionen vorziehen. Mit den neuen Schulden, die wir in Kauf nehmen, müssen die Grundlagen gelegt werden, damit künftige Generationen wieder erfolgreich wirtschaften können und Wohlstand für alle auch ein Versprechen für die Zukunft ist und keines der Vergangenheit war. Nur so sind Schulden legitimierbar.

Im gesamten Bereich der ökologischen Erneuerung sind seit 1998 viele neue Arbeitsplätze entstanden. Diesen Jobboom wollen wir verstärken und die ökologische Modernisierung nach den schwarz-roten Jahren des Bremsens und Blockierens wieder beschleunigen. Traditionelle Branchen wie die Automobilindustrie und die Energiewirtschaft werden umso erfolgreicher, je schneller sie Klima- und Umweltschutz zur Grundlage ihres Handelns machen. Auch die Zukunftsfähigkeit von Chemieindustrie und Maschinenbau ist eng verknüpft mit der Aufgabenstellung ökologischer Modernisierung. Die Ökologische Modernisierung wird zur ökonomischen Modernisierung. Der Blaumann muss grün werden, damit er Zukunft hat. Bildung und Gesundheit sind weitere Schlüsselfelder für eine moderne Arbeitsgesellschaft, die auf Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit baut. Entscheidend wird sein, den Zugang zu Beschäftigung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf massiv zu erleichtern. Grüne Politik setzt auf Zukunft. Mit grünen Ideen können wir in den nächsten vier Jahren mindestens eine Million neue Arbeitsplätze schaffen. Im Unterschied zu den diversen Konjunkturprogrammen der Bundesregierung haben wir ein Konzept verstetigter Investitionen über einen Zeitraum von vier Jahren. Das schafft Verlässlichkeit und öffnet Pfade für ein nachhaltiges Entstehen neuer Jobs.

Im Lauf der nächsten Legislaturperiode wollen wir eine Million Jobs in folgenden Bereichen verwirklichen:

Branche	Zusätzliche Arbeitsplätze
Erneuerbare Energien und Energieeffizienz	200.000
Gebäudesanierung	150.000
Landwirtschaft/ Biobranche	30.000
Ressourcen	25.000
Bildung und Betreuung	185.000
Gesundheit und Pflege	150.000
Sozialer Arbeitsmarkt	60.000
Abbau von Schwarzarbeit	200.000
<b>Gesamt Jobs</b>	<b>1.000.000</b>

Mit den von uns vorgeschlagenen Maßnahmen bekämpfen wir die Wirtschaftskrise, bringen die soziale und ökologische Modernisierung voran und schaffen in der kommenden Legislaturperiode 1 Million Arbeitsplätze mit Zukunft. Das verlangt einen Mix aus klarer Ordnungspolitik (CO2-Grenzwerte), neuen Finanzierungsinstrumenten (Bürgerversicherung, Bildungssoli), veränderten Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt (Progressivmodell) sowie zusätzlichen und vorgezogenen staatlichen Investitionen (Gebäudesanierung, Investitionen in Bildung). Wir gehen davon aus, dass unser Vorhaben gegenüber den bereits beschlossenen Konjunkturprogrammen jährlich 20 Milliarden Euro zusätzliche Investitionen verlangt. Wir setzen bewusst auf ein Vier-Jahres-Programm, um im Gegensatz zur Strohfeuer-Konjunkturpolitik der Großen Koalition Zukunftsinvestitionen zu verstetigen.

Renate Künast

Das vollständige Papier auf [www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de)



# „Brüssel ist einfach anders“

Berlin ist zwar deutsche Hauptstadt, aber immer mehr relevante Entscheidungen werden in Brüssel getroffen. Drei Grüne erzählen, was das Spannende an der EU ist und warum der Satz „Ich bin ein Berliner“ Schnee von gestern ist.

**785** Abgeordnete, 177 Parteien, 27 Staaten, 7 Fraktionen – das ist das Europäische Parlament in Zahlen. Die Folge der Vielfalt: Anders als in nationalen Parlamenten stimmen die Fraktionen in der Regel nicht einheitlich ab. Wie auch angesichts dieser Unterschiede?

Die Fraktionen haben sich zwar auf gemeinsame Grundideen verständigt, können und wollen damit aber nicht alle nationalen Konfliktlinien vollständig aufheben. Nehmen wir zum Beispiel die Konservativen, zu denen sowohl die eher anti-europäisch eingestellten Briten, als auch die pro-europäische deutsche CDU gehören. Oder die Sozialdemokratische Fraktion: Dort sind die Abgeordneten aus Frankreich stolz auf ihre nationalen Atomkraftwerke, die deutsche SPD hingegen schreibt sich den Atomausstieg auf die Fahnen (Ich erinnere mich aber dunkel, dass den eigentlich die andere an der damaligen Regierung beteiligte Partei angestoßen hat – ihr wisst schon, die mit der Sonnenblume im Logo ...).

Auch innerhalb der Grünen-Fraktion im Europäischen Parlament rappelt es manchmal ganz schön. Kein Wunder, wenn 43 Menschen aus 14 unterschiedlichen Staaten zusammen kommen. Die deutschen Grünen streiten sich dort vor allem mit den schwedischen, die bis vor kurzem noch den Ausstieg Schwedens aus der EU gefordert haben und den Lissabon-Vertrag heftig bekämpfen. Aber immerhin gibt es über sämtliche Landesgrenzen hinweg einen breiten Grundkonsens im Bereich Ökologie.

Einer der 13 deutschen Mitglieder der Grünen-Fraktion im Europaparlament ist Michael Cramer. Ihm macht die Arbeit in Brüssel Spaß, deswegen möchte er dort auch eine weitere Legislaturperiode arbeiten. „Ich werde oft ge-

fragt, ob mir die Arbeit in Brüssel besser oder schlechter gefällt als meine Zeit im Berliner Abgeordnetenhaus“, sagt er. „Da ist aber schon die Frage falsch. Brüssel ist einfach anders. Und das fasziniert mich.“

„Weil das Europäische Parlament im Gesetzgebungsverfahren für Verordnungen und Richtlinien kein Initiativrecht hat, finden die heftigsten Auseinandersetzungen weniger unter den Parlamentariern, sondern mehr mit Europäischem Rat und Kommission statt“, berichtet Michael Cramer: „Zusammen konnten wir schon oft das Ruder zu Gunsten der Bürgerinnen und Bürger wieder herumreißen.“ So hat das Parlament zum Beispiel erfolgreich für stärkere Fahrgastrechte bei Verspätungen im Fernverkehr gekämpft. Fahrgästen werden jetzt bei Verspätungen von einer Stunde 25 Prozent und von zwei Stunden 50 Prozent des Fahrpreises erstattet. Zunächst sollten die Fahrgastrechte nur im grenzüberschreitenden Fernverkehr gelten. Dank des Einsatzes der EU-Parlamentarier aber gelten die neuen Rechte – und zwar als Mindestrechte – ab 2010 auch im nationalen Fernverkehr. Nur deshalb hat sich auch der Bundestag kürzlich damit befasst.

## Babylonische Sprachenvielfalt im Aufzug

Auch Carsta Härtig aus dem Kreisverband Tempelhof-Schöneberg ist von der Andersartigkeit der Europäischen Ebene fasziniert. Sie macht gerade ihren Master in European Studies an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder. Das Studium ist das Ergebnis einer Entwicklung, die mit einem Uni-Seminar zu Integrations-theorien ihren Anfang genommen hat. „Dadurch habe ich angefangen, mich intensiver mit der Geschichte der europäischen Integration und der aktuellen EU-

Ich bin ein Europäer

I am an European

Minä olen Eurooppalainen

Politik zu beschäftigen“, sagt Carsta. Daraufhin hat sie ein Praktikum bei der EU-Abgeordneten Elisabeth Schroedter gemacht, und zwar sowohl im Potsdamer Wahlkreisbüro als auch in Brüssel.

„Die Arbeit an den beiden Orten hat sich unterschieden wie Tag und Nacht“, erzählt Carsta. „In Potsdam hatte ich immer nur ein bestimmtes Projekt am Laufen, in Brüssel dagegen war immer hektisch, jeden Tag hatte ich etwas anderes auf dem Schreibtisch. Ich fand auch die internationale Atmosphäre in Brüssel toll. Schon auf dem Weg zum Arbeitsplatz war ein Sprachenwirrwarr, im Büro selbst habe ich im Hintergrund immer die Niederländer von gegenüber reden gehört, und es ist keine Seltenheit, dass bei acht Personen im Aufzug fünf unterschiedliche Nationalitäten versammelt sind.“ In den Sitzungen der Grünen Fraktion des Europäischen Parlaments war das nicht anders. „Da habe ich am liebsten Daniel Cohn-Bendit zugehört, der wechselt immer zwischen Deutsch, Französisch und Englisch.“ Eine echte Herausforderung für die Dolmetscher ...

## „Ich bin ein Europäer“

Die Länder übergreifende Kooperation der Grünen findet aber nicht nur in der Fraktion des Europaparlaments

statt, sondern seit einigen Jahren auch innerhalb der European Green Party (EGP), dem Zusammenschluss 36 Grüner Parteien aus ganz Europa. Jochen Aulbach, Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Europa, treibt diese Idee unter anderem durch seine Teilnahme an den Kongressen der EGP voran. Das erste Mal war er 2006 auf einem EGP-Kongress. Damals haben die Delegierten in Genf ein gemeinsames Grundsatzprogramm verabschiedet. „Das war wirklich ein einschneidendes Erlebnis“, erzählt er. „Auf einmal waren alle nationalen Gegensätze verschwunden und mir wurde klar, dass wir wirklich eine gemeinsame Bewegung sind, nicht nur auf dem Papier.“ Noch spannender waren für Jochen aber die Begegnungen mit den Delegierten aus allen Ecken Europas: „Wann sonst hat man die Gelegenheit, Kontakte zu Grünen aus Moldawien oder Georgien zu knüpfen?!“

Jochen ist das Interesse für Nachbarn aus einem angrenzenden Staat quasi in die Wiege gelegt worden. Er ist in einem kleinen Ort direkt an der deutsch-schweizerischen Grenze aufgewachsen. Und wenn er „direkt“ sagt, dann meint er auch „direkt“: Zwischen seinem Zimmer und der Schweiz lag praktisch nur der Rhein, der seine Heimatstadt in zwei Hälften geteilt hat. Wenn er wollte, konnte er mehrmals am Tag problemlos über die Grenze spazieren. Diese stete Präsenz einer Grenze, die zu Fuß so viel leichter zu überschreiten ist als politisch, hat ihn neugierig darauf gemacht, welchen Weg die EU geht, um Grenzen zu überwinden und zusammenzuwachsen. Eine weitere Folge der Grenze vor der Haustür: „Ich habe mich noch nie nur als Deutscher gefühlt. Das wird meinem Heimatgefühl einfach nicht gerecht. In der Schweiz fühle ich mich mindestens so zu Hause wie in Berlin, deshalb würde ich sagen: Ich bin ein Europäer.“

Djuke Nickelsen

## Basis: jetzt noch mehr

Der grüne Kreisverband Pankow hat sich in diesem Jahr an ein besonderes Experiment gewagt. Die Aufstellung der Direktkandidaten wurde für alle Einwohnerinnen und Einwohner des Bezirks geöffnet. Über Erfolge und Bedenken, Mut zum Wettbewerb und die Übertragbarkeit des Modells auf die Spitzenkandidatur 2011 sprachen die Stachligen Argumente mit Stefanie Remlinger, Pankower Fraktionsvorsitzende in der BVV, und Sebastian Bukow, Mitglied im Erweiterten Vorstand der Berliner Bündnisgrünen.



Stefanie Remlinger



Sebastian Bukow

### Stachlige Argumente:

**Die Pankower Grünen haben Mut bewiesen. Ihr habt alle Bürger und Bürgerinnen eures Bezirks eingeladen, die Direktkandidaten der Bündnisgrünen mitzubestimmen. Was habt Ihr Euch davon versprochen?**

### Stefanie Remlinger:

Uns hat die große Parteien- und Politiksektors beschäftigt. Wir wollten, dass Leute kommen, mitmachen und feststellen: „So schlimm sind die gar nicht“. Aber zweifelsohne hat auch eine Rolle gespielt, dass wir keinen eindeutigen, prominenten Kandidaten hatten. Wir haben uns mehr Aufmerksamkeit für unseren Direktwahlkampf versprochen. Wir wollten ein Verfahren, durch das der oder die ausgewählte KandidatIn automatisch eine bessere Ausgangslage durch eine höhere Legitimation hat.

### Stachlige Argumente:

**Habt Ihr erhalten, was ihr erwartet habt?**

### Stefanie Remlinger:

Auf jeden Fall. Gerade außerhalb der Partei ist das sehr gut angekommen. Ich glaube, dass wir einen extrem positiven Effekt für Bündnisgrüne Authentizität und Glaubwürdigkeit erreicht haben. Wir werden wahrgenommen als demokratisch mutige, spritzige und moderne Partei. Ich stoße im Bezirk immer wieder darauf, dass alle von dem Verfahren

gehört haben und alle uns hohen Respekt entgegenbringen.

### Sebastian Bukow:

Ob das Verfahren erfolgreich war, werden wir letztlich erst nach der Bundestagswahl bewerten können. Schon jetzt hört man außerhalb der Partei viel Lob. Innerparteilich gibt es dagegen zu Recht auch kritische Stimmen: Wir sind hier ein großes Risiko eingegangen. Schließlich gilt es, unseren Bündnisgrünen Kandidaten zu bestimmen, der vor allem Bündnisgrüne Inhalte glaubwürdig vertreten muss.

### Stachlige Argumente:

**Bei der Aufstellung haben sich über 150 Leute beteiligt - viel mehr als bei allen anderen Bezirken. Aber gab es einen nachhaltigen Effekt?**

### Sebastian Bukow:

Es gab an dem Abend viele neue Interessierte, die jetzt hoffentlich im Wahlkampf mitmachen. Das muss man noch abwarten. Argumentativ können wir auf jeden Fall daran anknüpfen: Es ist ein Kandidat für ganz Pankow aufgestellt worden, woran sich der gesamte Bezirk beteiligen konnte. Innerparteilich bestehen aber sicherlich noch verfahrensunabhängig Friktionen, die ausgeräumt werden müssen: Wenn es einen echten Wettbewerb gibt, ist es immer so, dass man hinterher die Menschen wieder zusammenbringen muss.

### Stachlige Argumente:

**Es hat sich der „grüne“ Kandidat - anders formuliert: das Establishment - letztlich durchgesetzt.**

### Stefanie Remlinger:

Also ich sehe Heiko Thomas nicht als Establishment-Kandidat. Allein dadurch, dass er dieses Verfahren befürwortet hat und sich dem gestellt hat, hat er sich sehr viel Respekt erworben. Und auch von Seiten Heiner Funkens, der sich in dem mehrstufigen Nominierungsverfahren als Hauptkonkurrent herausstellte, war es ja ein sehr fairer Wettbewerb. Er ist als klar in den Bürgerinitiativen verwurzelter Mensch, aber eben nicht gegen die Partei angetreten.

### Sebastian Bukow:

Beide Kandidaten bekamen rund 70 Stimmen, das zeigt doch: Keiner wurde nur vom Establishment durchgeboxt. Im Gegenteil, es war eine Entscheidung der breiten Basis. Beide Seiten haben massiv mobilisiert, mit Menschen telefoniert und dafür geworben, sich zu beteiligen. Das ist sehr positiv, das stärkt die Demokratie.

### Stachlige Argumente:

**Das ist auch das Risiko des Verfahrens. Die Angst, dass man überrannt wird, ist ja nicht aus der Luft gegriffen.**

### Sebastian Bukow:

Das ist zugleich das Problem, schließlich haben wir in Deutschland eine starke Parteienfixierung. KandidatInnen für den Bundestag müssen von Parteien aufgestellt

werden, sonst haben sie keine Chance auf Erfolg. Die KandidatInnen müssen dazu mit der Partei zusammenarbeiten, im Wahlkampf und nach einem Wahlsieg in der Fraktion. Das spricht zunächst gegen die Öffnung, aber ich meine: Das ist auch machbar.

### Stefanie Remlinger:

Hier hab ich eine andere Position: Die Lücke zwischen Partei und Bürgerschaft ist so groß auch wieder nicht. Alle Menschen, die zu der Veranstaltung kamen, wussten, dass sie auf eine Bündnisgrüne Veranstaltung gehen - um eine grüne KandidatIn aufzustellen. Die praktische Erfahrung zeigt: Da kommen nicht Menschen aus einem ganz ungrünen Spektrum! Auch Heiner Funken hat zu mir gesagt: „Wow, ich hätte nicht gedacht, dass es so schwer ist, die Freunde und Freundinnen von den BI dazu zu bringen, hierher zu kommen.“ Die Angst vor den berüchtigten „100 Leuten“, die jemand mitbringt, ist unbegründet, das schafft so schnell kein Mensch.

### Sebastian Bukow:

Tatsächlich muss man die Kritik ernst nehmen: Wir sind eine Mitgliederpartei, und wir sind bereits sehr offen für die Mitwirkung von Nichtmitgliedern. Aber welchen Mehrwert hat eine Mitgliedschaft noch? Neben inhaltlich-programmatischen Beschlüssen ist die Mitwirkung an der Aufstellung von KandidatInnen doch ein zentraler Punkt!

### Stachlige Argumente:

**Sollte man nicht perspektivisch**

**schon jetzt überlegen, wie wir 2011 und 2012 unsere Listen und Spitzenkandidaturen aufstellen?**

### Stefanie Remlinger:

Ich glaube, wir sollten das auf jeden Fall diskutieren. Es ist in der Welt - und es hat viele Menschen innerhalb und außerhalb der Partei begeistert. Ein offenes Verfahren für die Spitzenkandidaturen wird auch eingefordert werden. Wir werden diskutieren müssen, wie wir mehr Wettbewerb und mehr Partizipation erreichen. Spannend wäre es für mich dann, wenn wir eine Person explizit als KandidatIn für das Amt des bzw. der Regierenden BürgermeisterIn nominieren. Dafür lohnt ein solcher Gedankenprozess.

### Sebastian Bukow:

Worüber wir auf jeden Fall diskutieren müssen ist, wie wir einen offenen Wettbewerb innerhalb der Partei hinbekommen. Da müssen wir über mehr Transparenz nachdenken. Und man muss klarstellen, dass die Personen, die sich diesem Wettbewerb stellen, auch als Unterlegene nicht beschädigt werden. Hier brauchen wir klare Fairnessregeln. Ob man dann die Abstimmung darüber für alle Bürger öffnet, müsste auch im Kontext einer partizipationsfördernden Wahlrechtsreform betrachtet werden.

### Stachlige Argumente:

**Herzlichen Dank für das Gespräch!**

*Das Interview führte  
Ronald Wenke*



## Neue Frauenpower im Landesvorstand

Seit März haben die Grünen in Berlin einen neuen Landesvorstand. Einiges ist unverändert – die alten Vorsitzenden sind die neuen, und auch der Hüter der Landeskasse ist geblieben. Aber der Beisitz ist neu besetzt, und zwar mit Tilo Fuchs, Bettina Jarasch, Christina Gerts und Christine Wübbena. Dreifacher Frauenpower! Da mussten die Stachligen Argumente nachhaken.

Bettina, Christina, Christine – bei diesem Gleichklang kann man nur schätzen, wie viele Versprecher pro Stunde in einer anstrengenden LaVo-Sitzung durch den Raum schwirren. Gemeinsam ist den drei „Tinen“ ihr langjähriges politisches Engagement. Aber spätestens bei der näheren Betrachtung ihrer politischen Schwerpunkte und Ziele wird klar, dass jede von ihnen einen anderen Dreh in die Parteiarbeit bringt.

**Bettina Jarasch** hat Philosophie studiert und ist über ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit während des Studiums an der FU Berlin an einen Job als Referentin für die Bündnisgrünen im Bundestag gekommen. „Da dachte ich, ich sei am Ziel“, erzählt Bettina. Aber dann kamen ihre zwei Kinder zur Welt. Emil ist inzwischen fünf, Paulchen zwei Jahre alt. „Das hat meine Sicht auf die Welt verändert. Seitdem weiß ich, dass die Zeit gekommen ist, selbst Verantwortung zu übernehmen.“ Sie möchte vor allem in der Bildungs- und Migrationspolitik Schwerpunkte setzen, und zwar „mit allen Menschen, die sich nicht damit abfinden wollen, dass alles so weiterläuft wie bisher“.

**Christina Gerts** hätte nie gedacht, dass sie einmal ein politisches Amt übernehmen würde. „Ich war zwar immer politisch aktiv, zum Beispiel bei Schülerdemos oder bei Studistreiks. Aber Formalien und Rituale der Parteipolitik haben mich lange befremdet, ich wollte damit partout nichts zu tun haben.“ Darum versteht sie auch die vielen, die ähnlich darüber denken. „Für meine Arbeit im LaVo ist es mir wichtig, dass wir auch Formen und Wege finden,



Unsere drei Tinen:  
Christine Wübbena, Christina Gerts, Bettina Jarasch

diese Leute anzusprechen“, sagt sie. Ihre Skepsis gegenüber politischen Ämtern hat Christina aber offensichtlich verloren – und zwar schon seit einigen Jahren. Unter anderem war sie Bundessprecherin der Grünen Jugend. „Nicht immer habe ich damals meine eigenen Überzeugungen in den Beschlüssen wieder gefunden. Das auszuhalten und weiter zu streiten, ist vielleicht das Schwerste an Parteipolitik.“

**Christine Wübbena** ist seit Kindertagen vom politischen Geschehen fasziniert: „An Wahlabenden habe ich immer gebannt auf den Fernseher gestarrt, um ja keine Hochrechnung zu verpassen.“ Schon damals hat sie den Grünen die Daumen gedrückt, denn „das war die sympathische Partei ohne alte Männer in langweiligen Anzügen“. Während ihres Studiums in Münster hat sich Christine in der Hochschulpolitik sehr engagiert, unter anderem als Frauenreferentin im Allgemeinen Studierenden Ausschuss (AStA). Im Berliner Landesvorstand will sie für eine „moderne Genderpolitik kämpfen, die Genderfragen als Querschnittsaufgabe in andere Politiken mit einbezieht und alle Geschlechter berücksichtigt“.

Liebe Tinen, die Stachligen Argumente wünschen euch viel Erfolg bei eurer Arbeit im Landesvorstand!

Djuke Nickelsen



## Die Stadtteilkonferenz als Erfolgskonzept

Spätestens seit dem Rütli-Rummel ist Neukölln zum Synonym für soziale Probleme geworden. Auch wenn die Wahrheit wie so oft vielfältiger ist, steht der Bezirk zweifellos vor immensen Herausforderungen. Die soziale Lage ist bedrückend: Jede Zweite lebt von Sozialleistungen, mehr als 70 Prozent der Kinder sind von staatlichen Transfergeldern abhängig – so viel wie nirgendwo sonst in Deutschland. Besonders stark betroffen ist der dicht bebaute Norden Neuköllns. Die riesige Freifläche des ehemaligen Flughafens Tempelhof stellt eine einmalige Chance dar, den Mangel an Grün- und Sportflächen sowie sozialer Infrastruktur zu lindern.

Für die grünen Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus und der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung war dies auf Initiative von Franziska Eichstädt-Bohlig der Anlass, Ende Februar zur Konferenz „Strategien für Neukölln“ einzuladen. Mehr als 130 Mitarbeiter von Projekten und Freien Trägern, ehrenamtlich Tätige und Anwohner haben bei diesem Anlass mit uns diskutiert. Themen waren neben der Zukunft des Tempelhofer Feldes die Möglichkeiten und Grenzen von Quartiersmanagement sowie die Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik in Neukölln.

Wir sind dabei bewusst nicht mit fertigen Lösungen in die Konferenz gegangen, sondern haben das Gespräch und den Austausch gesucht. So entstanden eine Reihe von Forderungen, die zum Teil schon vorher Positionen der Grünen entsprachen, zum Teil aber auch Weiterentwicklungen darstellen.

Diese Forderungen stehen nun auf einer breiteren Basis und sind auch für uns konkreter geworden: Beispielsweise die vom Landessportbund geforderte Öffnung der vorhandenen Sportflächen, die dem Abgeordnetenhaus inzwischen als grüner Antrag vorliegt.

Die Projektfinanzierung aus diversen Europa-, Bundes- und Landesmitteln lindert die Symptome, eine längerfris-

tige Arbeit ist damit aber unmöglich. Auch nachgewiesene erfolgreiche Projekte können so nicht dauerhaft bestehen, da der Bezirk über keine Mittel für eine dauerhafte Finanzierung verfügt. Dies ist jedoch dringend nötig, um langfristige und nachhaltige Veränderungen zu erreichen.

Trotzdem sind kiezorientierte Lösungen wichtig. Selbst im Neuköllner Norden helfen nicht überall die gleichen Rezepte. So sind Zwischennutzungen im Bereich Kultur und Kleingewerbe in manchen Gegenden erfolgreich. An anderen Stellen sind sie dagegen gescheitert, weil leer erscheinende Erdgeschossflächen als Lager und Wohnungen genutzt werden. Auch die Verwaltung muss daher stärker ortsbezogen arbeiten.

Das Konzept dieser Veranstaltung hat sich als Erfolg erwiesen. Sie hat uns Grünen Anerkennung bei vielen lokalen Akteuren gebracht. Das Bedürfnis, über die lokalen Probleme zu sprechen war riesig und entsprechend viele Akteure kamen zu der Konferenz. Spannend war auch, dass zu dieser Veranstaltung viele Personen kamen, die zu einer normalen Parteiveranstaltung nicht erscheinen. Die intensiven Diskussionen, die in und am Rande der Foren stattfanden, hatten einen Vernetzungseffekt für die Aktiven vor Ort aber auch für uns Grüne. Gerade für unsere BVV-Fraktion haben sich viele neue Anknüpfungspunkte ergeben.

Auch die gute Zusammenarbeit zwischen dem Bezirk und der Fraktion im Abgeordnetenhaus war sehr produktiv. Allerdings lassen sich an einem Nachmittag natürlich viele Probleme und Lösungsansätze nur anreißen. Wir wollen in Neukölln die Konferenz als Auftakt nutzen und planen mehrere kleinere Folgeveranstaltungen zu einzelnen Aspekten. Die Grundidee der Konferenz sollte aber über Neukölln hinaus Schule machen.

Hanna Schumacher und Jochen Biedermann

## Neues aus dem Abgeordnetenhaus

„Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt, wir steigern das Bruttosozialprodukt ...“ Dank des Konjunkturpakets II hatte das Abgeordnetenhaus in den vergangenen Wochen die seltene Gelegenheit, über die Vergabe von 670 Millionen Euro zu diskutieren und zu entscheiden. Vorwiegend in Sanierung und Umbau von Schulen wird dieses Geld fließen, die Liste der von den Bezirken eingereichten Projekte ist lang. Wir werden darauf achten, dass diese Mittel, die nur von künftigen Generationen geborgt sind, nachhaltig eingesetzt werden – damit unsere Kinder und Enkel nicht nur die Schulden erben.

Apropos Kinder. Die Fraktion versucht, den demographischen Wandel im Alleingang abzumildern. Seit Jahresbeginn sind drei „Fraktionskinder“ auf dieser Welt angekommen: Lisa Paus ist seit Januar Mutter von Fabian, Anja Schillhaneck hat im März Marit zur die Welt gebracht und Volker Ratzmann ist jetzt Vater von Emma.

Damit diese Kinder in einer lebenswerten Stadt aufwachsen können, hat die Fraktion innerhalb und außerhalb des Abgeordnetenhauses gegen den Weiterbau der A100 protestiert. In der Plenarsitzung wurden Senatorin Junge-Reyer die Einwendungen der grünen Abgeordneten überreicht und ein Transparent „A100 Stoppen“ entrollt. Per Antrag fordern wir den Senat auf, mit dem für



den Autobahnbau eingeplanten Geld eine vernünftige Schienenanbindung des Flughafen Schönefelds zu bezahlen und darüber mit dem Bund zu verhandeln. Denn die Mittel für die A100 stammen aus dem Bundesverkehrswegeplan, kommen also vom Bund.

„Der rote-rote Lack ist ab“, so unsere Kurzformel für die Halbzeitbilanz der zweiten Koalitionsauflage von SPD und Linkspartei. Der unter Rot-Rot I aufgerufene Mentalitätswechsel ist längst verpufft. Für Zukunftsprojekte fehlen ihnen jegliche Strategie, Inspiration und Kraft. Wowerits Stern sinkt, sein Innensenator hat ihn an Beliebtheit überholt, sein Finanzsenator geht lieber zur Bundesbank, als sich dem neuerlich wachsenden Schuldenberg zu widmen. Mit den aktuellen Umfragen hat der Senat die Quitung erhalten: Rot-Rot hat die Mehrheit in Berlin verloren.

Was noch? Ach ja. Nach 13 Jahren (in Worten: dreizehn) hat die Fraktion ein neues Logo. Allen Unkenrufen zum Trotz ist es unserer Agentur blotto gelungen, den AL-ty-pischen Igel in die Grünentypische Sonnenblume zu integrieren. Wer's nicht glaubt, kann sich selbst überzeugen: [www.gruene-fraktion-berlin.de](http://www.gruene-fraktion-berlin.de)

*Franzkiska Eichstädt-Bohlig und Volker Ratzmann  
Fraktionsvorsitzende*



Neues aus der Kommandantur

### Aus vielen Wurzeln wachsen - Europa begrünen

Plakate, Flugblätter, neue Gesichter - dieser Wahlkampf gewinnt deutliche Konturen. Zur organisatorischen Grundlage gehören Abstimmungsrounds, Telefonate und E-Mails mit Kandidierenden und Verantwortlichen in Kreisverbänden, Landesarbeitsgemeinschaften und mit der Bundesebene. Die Plakate hängen, Veranstaltungen finden allerorten statt. Der European Clubnight folgte eine stimmungsvolle Auftaktparty, Europa ist präsent auf vielen Festen in Berlins Kiezen. An Infoständen haben wir schon jetzt viel Resonanz, der WUMS führt zu Diskussionen - nicht nur unter den Mitgliedern. Das Warten auf das Wahlergebnis am 7. Juni wird immer spannender. So kann es gern weiter gehen!

Der neue Landesvorstand ist mit viel Elan in seine Amtsperiode gestartet. Unsere Mitstreitenden Tina, Christine, Bettina, Marc und Tilo haben jetzt vor allem den Wahlkampf vor Augen. Man merkt, alle möchten auch eigene Projekte bearbeiten, die Interessen und Ideen sind vielfältig. So konnten wir z.B. in den letzten Tagen des Pro Reli-Abstimmungskampfes noch mit einer gut besuchten Veranstaltung punkten, für die Bettina Verantwortung übernahm.

Auch das eine oder andere Europa-Flugblatt lebt von den Ideen und vom Engagement unserer ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder. Uns kommt es vor allem darauf an, mit allen Mitgliedern des Landesverbandes ständig in Kontakt zu sein - und das klappt gut. Perspektivisch wird uns auch das Mitglieder- und Unterstützernetzwerk „Wurzelwerk“ dabei helfen. Wir wollen es nutzen, mehr Dokumente, etwa die Protokolle und Vorlagen aus unseren Sitzungen, parteiintern zu veröffentlichen. Gerade im Hinblick auf die bevorstehende Debatte zum Wahlprogramm ist es nötig, Entscheidungsprozesse auf eine breite Basis zu stellen. Wenn uns die moderne Technik dabei helfen kann, sollten wir sie nutzen! In diesem Sinne: Auf in den Endspurt zum Europawahlkampf!

*Irma Franke-Dressler & Stefan Gelbhaar  
Landesvorsitzende*



Neues aus der Dirschauer

Für die **GRÜNE JUGEND** Berlin war der Frühling sehr ereignisreich. Wir zogen mit Bobbycars durch den Treptower Park und mobilisierten gegen die A100. Wir taten uns mit Jusos, Solid, DGB Jugend und dem LandesschülerInnenausschuss zusammen, um im Pro Ethik Jugendbündnis eigene Akzente zu setzen. Unsere gemeinsame Flyerverteileraktion beim Neptun-Brunnen und in den U-Bahnen erreichte sogar die Abendschau. Der Erfolg blieb natürlich nicht aus. Pro Reli ist doppelt gescheitert.

Wir konnten auch den NPD-Bundesparteitag im April und die rechtsextreme Kundgebung zum 1. Mai nicht unwidersprochen hinnehmen. Bunte Demonstration und Blockade, den Nazis den Tag verderben.

Auf unseren regelmäßig am Montag in der Dirschauer Str. 13 stattfindenden Aktiventreffen ging es meist um Europapolitik. Zum Thema „Ökologie und europäischer VerbraucherInnenenschutz“ konnten wir Renate Künast begrüßen. Momentan drehen sich unsere ATs um das Thema Bildung und die Wahlkampfplanung. Dazu sind alle junggrünen Menschen herzlich eingeladen.

Ende April hatten wir auch noch unsere erste ordentliche Landesmitgliederversammlung 2009, auf der unser Bundestagswahlprogramm beschlossen und ein neuer Landesvorstand gewählt wurde. Unser neues SprecherInnen-Duo besteht aus Meike Berg und Armin Feistenauer. Auch auf den anderen Plätzen gab es viele Veränderungen. Isabel Reh ist neue politische Geschäftsführerin. Das Amt des Schatzmeisters übernahm Arndt Leininger. Zu BeisitzerInnen wurden Dorothee Zombronner, Carla Hustedt, Rob Wirski und Vito Dabisch gewählt.

*Armin Feistenauer und Meike Berg,  
SprecherInnen der Grünen Jugend Berlin*



## Das Pankower Smiley-System

Verbraucherschutz und Verbraucherinformation haben es mitunter schwer in Deutschland. Lebensmittelkontrollen werden immer wieder als Betriebsgeheimnis verstanden. Da ist schnell von Wettbewerbsverzerrung die Rede, von Ungleichbehandlung, von Willkür oder Pranger. Ich bin aber überzeugt, dass es Kunden und Gäste sehr wohl angeht, wie es im Küchenbereich, in den Kühl- und Lagerkammern, in der Bäckerei oder in den Sanitärbereichen für die Angestellten aussieht. Mein Beitrag für mehr Verbraucherinformation als zuständiger Stadtrat für Öffentliche Ordnung ist der Pankower Smiley. Die lange Tradition der DIN-Norm, vom TÜV, der Hotel-Sterne, des BIO-Gütesiegels und der Warentest-Kultur haben wir in Pankow fortgeführt.

Die Idee ist so einfach wie bestechend klar: Die Ergebnisse der jeweils letzten Lebensmittelkontrolle werden in geeigneter Weise veröffentlicht. Nicht mehr und nicht weniger. Verantwortlich für das Ergebnis sind doch die Gewerbetreibenden und nicht die Kontrollbehörden. Ob nun im Eingangsbereich ausgehängt oder im Internet in einer Liste für VerbraucherInnen veröffentlicht – so wird nachvollziehbar, wo Sorgfalt waltet oder wo Mängel bestehen.

Und so neu ist das nicht auf dieser Welt. Die Veröffentlichung der

Lebensmittelkontrollergebnisse ist z.B. in Dänemark Gesetz. Auch in Deutschland gibt es in Zwickau und NRW mehr Transparenz im Verbraucherschutz.

Unser Smiley-System hat zwei Ebenen. Für den Positiv-Smiley – leider bisher nur freiwillig möglich – regelt ein Kriterienkatalog die Bewertung, und eine Vereinbarung zwischen VetLeb und Gewerbetreibenden bestimmt, wie der Smiley verwendet wird. Die Kontrollen finden bei den regulären Terminen statt. Nur in der ersten Phase kann es bei aktiven Bewerbungen zu zusätzlichen Terminen kommen.

Im Kriterienkatalog werden Hygiene-Management (doppelte Punktzahl, da stark verhaltensbedingt), Bauhygiene, Einrichtung und Ausstattung, betriebliches Eigenkontrollsystem, Zuverlässigkeit des Unternehmers und Abfallsorgung mit Einzelaspekten aufgeführt. Bei mindestens 90 Prozent der zu erreichenden Punkte wird ein Zertifikat über das überdurchschnittlich gute Kontrollergebnis ausgestellt und ein Smiley verliehen, der als Aufkleber im Eingangsbereich deutlich macht: Alles Sauber. Also Rein. Das Wortspiel ist dabei durchaus beabsichtigt, das Signal lautet, dass kontrollierte Betriebshygiene den Umsatz belebt!

Für den Negativ-Smiley öffnete das Verbraucherinformationsgesetz das Fenster, um in geeigneter Weise die Öffentlichkeit über festgestellte gravierende Mängel zu informieren. Nach dem VIG hat jede/r das Recht, sich über die Ergebnisse der jüngsten Kontrollen zu informieren und darüber Auskunft zu erhalten. Die Behörden sind verpflichtet, diesem Auskunftersuchen mit klar bestimmten Ausnahmen nachzukommen. Umfangreiche Rechtsprüfungen haben uns ermutigt, bei einem einheitlich angewendeten Verwaltungsverfahren jeweils im Einzelfall zu prüfen, welche Informationen an einen Bürger, wenn er denn nachfragen würde, herausgegeben werden dürften. Und diese Informationen können wir auch in geeigneter Weise – und das ist heute das Internet – veröffentlichen.

Selbstverständlich werden nur gravierende Mängel benannt und jede/r Gewerbetreibende bekommt die Chance, die festgestellten Mängel umgehend zu besei-

tigen. Einige Gastronomen oder Filialbäcker haben umgehend die Mängel beseitigt, ein Betrieb hat sich sogar für einen Positiv-Smiley beworben. Lebensmittelkontrolleure berichten, dass allein die Ankündigung der Veröffentlichung stark motiviert.

Erst wenn die Mängelbeseitigung nicht erfolgt, wird veröffentlicht. Wer auf der Negativ-Liste gelandet ist, muss sich schon fragen lassen, wieso Gammel, Dreck und Ekel zu seinem Geschäftsmodell gehört.

Der Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit begrüßte die Einführung des Systems ausdrücklich. Mittlerweile hat die 2. Kammer des Verwaltungsgerichtes das Pankower Smiley-System beurteilt und ist zu dem klaren Ergebnis gekommen: Es gibt keine rechtlichen Beanstandungen.

Die Erfahrungen zeigen schon jetzt, dass das Interesse viel größer ist, als wir ursprünglich dachten. Wir konnten eine bundesweite Debatte um Verbraucherinformation und Verbraucherschutz im Gastrobereich anstoßen. Ableger des Pankower Systems sind in Brandenburg und im Saarland bzw. in weiteren Berliner Bezirken geplant und die bündnisgrüne Bundestags-Fraktion beschäftigt sich mit der Novellierung des VIG. In Pankow gibt es mittlerweile über 60 Bewerbungen für den Positiv-Smiley. Die Liste der mit einem Smiley ausgezeichneten Betriebe wächst langsam aber stetig und kann wie die Bewertungskriterien im Netz nach Betrieben und nach Straßen sortiert eingesehen werden. So kann man auf einen Blick nachschauen, wo man unbedenklich essen gehen oder einkaufen kann.

So soll es sein. Verbraucherinformation und Verbraucherschutz für die Kunden und Gäste, kontrolliert hohe Betriebshygiene als Standard in der Betriebsführung kann nicht schlecht sein. Alles Sauber. Also Rein.

Jens-Holger Kirchner

Die Adresse zum Nachschauen: [www.berlin.de/pankow](http://www.berlin.de/pankow)



### Verbraucherschutz ja - aber nicht so

Es werden eben nicht nur Gastronomie-Betriebe mit gravierenden Hygienemängeln benannt, sondern auf die Negativliste kommt auch, wenn z.B. die Fliesen schadhaf sind, in der Küche auch Blumen gebunden werden oder Portionierung und Verkauf von Käse auf einem Tisch im Laufbereich der Kundschaft erfolgte. Solche Mängel kann man nicht gleichsetzen mit Einrichtungen, wo Schimmel oder Rattenkot gefunden, wo Lebensmittel verdorben sind und Fliegenbefall festgestellt wird. Hier droht wirtschaftlicher Ruin für Betriebe, denen nur kleinere und für den Verbraucher harmlose Verstöße gegen irgendwelche Behördenbestimmungen vorgeworfen werden.

Hier muss differenziert werden zwischen Hygienemängeln, die möglicherweise gesundheitliche Folgen haben können, und harmlosen Vergehen gegen z.B. bauliche und räumliche Voraussetzungen. Verkehrsunsichere Fahrzeuge werden doch auch nicht im Internet gelistet, sondern aus dem Verkehr gezogen. Dieselbe Logik sollte auch für gastronomische Einrichtungen gelten.

Christine Dörner

# Blühende Tafellandschaften

**Die wohltätige Tafelbewegung ist zu einem professionellen Betrieb geworden, doch mit der Professionalisierung mehrtsich die Kritik**

Letztes Jahr begingen die Tafeln in Deutschland ihr 15. Jubiläum. Ausgehend von Berlin, wo 1993 von einigen Unternehmerinnen die erste Tafel gegründet wurde, entwickelte sich deren Anzahl in den folgenden Jahren rasant. Allein 2008 wurden 60 neue Tafeln gegründet, so dass es bundesweit nun mehr als 800 sind.

In den ersten Jahren sammelte die Berliner Tafel nicht mehr verkäufliche Lebensmittel ein und verschenkte sie an Obdachlose, Sozialhilfebeziehende, Strichjungen oder Straßen-Punks. Mittlerweile haben sich die Tafeln in Deutschland zu einem professionalisierten Betrieb unter dem Dach des Bundesverbands Deutsche Tafel e. V. entwickelt. Bei einem großen Teil der heute bedachten Menschen handelt es sich um Hartz IV-Betroffene. Doch die Tafeln sind nicht unumstritten. Kritiker sprechen von der „Vertafelung der Gesellschaft“, Kunden beschwerten sich über die Behandlung durch die Mitarbeiter der Tafeln und über die Qualität der ausgereichten Lebensmittel.

In Berlin versorgt die Tafel nach eigenen Angaben 125 000 Bedürftige pro Monat, bei einem Drittel davon handelt es sich um Kinder und Jugendliche. Hierzu sammelt der Verein in der ganzen Stadt verwertbare Lebensmittel ein, sortiert sie und bringt sie zu verschiedenen Einrichtungen. Die Lebensmittel stammen zum großen Teil von Supermärkten, Lebensmittelgeschäften oder anderen Gewerbetreibenden, die die überschüssige Ware ansonsten entsorgen würden.

Gemeinsam mit den Kirchen und dem Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) arbeitet die Berliner Tafel in der Aktion Laib und Seele zusammen, die mittlerweile 45 Ausgabestellen in Kirchengemeinden unterhält, wo Bedürftige einmal in der Woche Lebensmittel für einen Euro erhalten. Hierzu muss die Bedürftigkeit z. B. mit einem Hartz IV- oder einem Rentenbescheid nachgewiesen werden. Weiterhin betreibt die Berliner Tafel vier Kinder- und Jugendrestau-

rants. Hier soll Kindern eine gesunde und ausgewogene Ernährung nahe gebracht werden. Zudem soll vermittelt werden, „Messer und Gabel richtig zu verwenden und zu merken, dass Tischsitten weder überflüssig noch kompliziert sind“. Als ihr Herz bezeichnet die Berliner Tafel ihre freiwilligen Helfer/innen und ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen. Zurzeit sind bei der Berliner Tafel und der Aktion Laib und Seele ca. 2000 Ehrenamtliche aktiv.

## Konflikt mit Tafel-Fahrern

Doch mit diesen ehrenamtlichen Kräften scheint es manchmal Probleme zu geben. Clara Fuhrmann\*, die in einer pädagogisch betreuten Einrichtung für Kinder aus allen Schichten arbeitet, erzählt von Schwierigkeiten, die die Einrichtung mit mehreren Fahrern der Berliner Tafel hatte: „Früher wurden wir regelmäßig beliefert. Und einerseits sind wir sehr dankbar für die Hilfe, da wir auch wirklich darauf angewiesen sind. Andererseits steht und fällt alles mit den Fahrern.“ So hätten Tafel-Fahrer den Mitarbeiter/innen manchmal diktiert, welche Mengen an Lebensmitteln sie ihnen abzunehmen hätten – auch wenn die Einrichtung sie gar nicht gebrauchen konnte. „Da haben sich Fahrer als Wohltäter aufgespielt und willkürlich Lebensmittel verteilt. Das ging nach dem Motto, nur wenn Du brav bist, bekommst Du was „Gutes“.“

Hanna Grün\*, die in derselben Einrichtung beschäftigt ist, berichtet, dass die Mitarbeiter/innen „Angst“ gehabt hätten, sich über die Fahrer zu beschweren. „Wir dachten, wenn wir etwas sagen, werden wir gar nicht mehr beliefert.“ Mittlerweile holen sie die Lebensmittel selbst bei der Tafel ab. „Seitdem ist auch die Qualität besser“, sagt Hanna Grün, „vorher haben wir oft angegammelte Sachen bekommen“. Beide berichten, bei anderen Einrichtungen sei es ähnlich zugegangen.

Sabine Werth, eine der Gründerinnen und Vorsitzende der Berliner Tafel, sieht in solchen Konflikten etwas Menschliches, das auch „im wirklichen Leben“ vorkommen könne. Leider sei es so, dass die Fahrer so lange freigeschaltet werden könnten, bis im Büro der Berliner Tafel eine Beschwerde eingehe. Hier jedoch liege das Problem, denn wenn sich Einrichtungen aus Angst nicht mehr beliefert

zu werden, nicht melden, kann das Büro der Tafel auf solche Zustände nicht reagieren.

## Grundsätzliche Kritik

Im Gegensatz zu Kunden, die sich mit organisatorischen Problemen herumplagen, üben andere Fundamentalkritik an den Tafeln. So wurde die Qualität der ausgereichten Lebensmittel etwa auf einer Veranstaltung mit dem Berliner Sozialforum im Dezember 2008 kritisiert. Für Sigrid Graumann vom Sozialforum, das demnächst eine Kampagne gegen die „Vertafelung der Gesellschaft“ starten will, kann es sich bei solchen Beschwerden aber auch um eine Art „Blitzableiter“ handeln. Denn viele Menschen, die auf die Aktion Laib und Seele angewiesen seien, empfänden das Anstehen nach Lebensmitteln als Demütigung. Das Sozialforum macht sich grundsätzliche Gedanken zum Tafelsystem. Mit dessen stetiger Ausweitung legitimiere der Sozialstaat seinen Rückzug und es beginne die Entwicklung zu einem „Almosensystem“, in dem Wohltätigkeit in private Hände gelegt werde. Den Tafeln komme dabei eine „ideologische Doppelfunktion“ zu: Zum einen könnten sich die Spender aus der Wirtschaft als Wohltäter präsentieren und zum anderen würden die Leistungsempfänger gedemütigt.

Weiterhin werfen die Kritiker den Tafeln vor, dass es sich bei einem „großen Teil“ ihrer Beschäftigten nicht um Ehrenamtliche handle, sondern um Ein-Euro-Jobber, die für einen „Hungerlohn“ arbeiten müssten. Sabine Werth hingegen spricht von 50 solcher Stellen, die in allen Bereichen der Berliner Tafel angesiedelt seien. Für die Kirchengemeinden und ihre Ausgabestellen könne sie aber nicht sprechen.

## McKinsey und die Tafeln

Ein weiterer Vorwurf gegen die Tafeln ist, dass die Unternehmensberatung McKinsey angeblich Einfluss auf sie ausübe und dies mit einem neoliberalen Grundinteresse, nämlich Wohltätigkeit zu privatisieren. Darauf macht ein verschwörungstheoretischer Text aufmerksam, der als Geheimtipp im Internet kursiert. McKinsey hat tatsächlich zusammen mit der Berliner und der Hamburger Tafel ei-

nen „Leitfaden“ zum Tafel-Aufbau erstellt, der sowohl an bestehende Tafeln gerichtet ist, als auch an Menschen, die sich für die Gründung einer Tafel interessieren. Darin sind zahlreiche Organisationstipps enthalten, die sich manche politische Initiative vielleicht auch einmal ansehen sollte.

Erschütternd an dem „Leitfaden“ ist jedoch das Armutsverständnis von McKinsey, das einer Seifenoper zu entspringen scheint, in der Obdachlose unter Brücken und Junkies an Bahnhöfen wohnen. Es wird jedoch explizit darauf hingewiesen, dass die Aufgabe der Tafeln nicht darin bestehe, „den Grundbedarf der Bedürftigen zu decken und so den Staat aus der Verantwortung zu entlassen“. Ähnlich argumentiert Sabine Werth, die nicht versteht, warum sich Kritik und Protest nicht gegen die verantwortliche Politik richten.

Die Politik hat sich bisher gescheut, Leistungen der Tafeln auf die Hartz-IV-Regelsätze anzurechnen, auch wenn hin und wieder solche Ideen herumgeistern. Dennoch könnte es eines Tages soweit kommen – auch wenn das sich stetig ausweitende Tafelangebot und dessen Inanspruchnahme ein deutliches Anzeichen dafür ist, dass Hartz IV nicht zur Deckung des Lebensunterhalts reicht.

Kritische Kampagnen müssten sich also zumindest für eine stattliche Erhöhung der Regelsätze einsetzen. So liest sich auch die Forderung des Bundesverbands Deutsche Tafel. Der Vorstandsvorsitzende des Verbands, Gerd Häuser, forderte im Mai 2008 vor dem Hintergrund des Armutsberichts der Bundesregierung, dass die Politik alles dafür tun müsse „die soziale Lage und Teilhabe für Bedürftige“ zu verbessern: „Die soziale Sicherung hierzulande reicht nicht aus.“ Peter Grottian, Politikprofessor und Mitbegründer des Sozialforums, sieht ein Spannungsverhältnis zwischen dem „Blühen der Tafeln und dem Verdorren des Sozialstaats“. Dies gelte es, in der nächsten Zeit zu thematisieren. Auch die Verantwortlichen sollten damit „konfrontiert“ werden.

*Benedict Ugarte Chacón*

*Abdruck mit freundlicher Genehmigung des MieterEcho*

*\* Name von der Redaktion geändert*





## Für eine grüne Autopolitik

Braucht es eine grüne Autopolitik? Unbedingt! Nach neuesten Zahlen der EU-Kommission sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen des Verkehrs in der EU seit 1990 um 36 Prozent gestiegen. Die Vermeidung unnötiger Transporte und die Verkehrsverlagerung haben ein großes noch ungenutztes Potenzial für den Klimaschutz. Auch deswegen ist die Förderung umweltfreundlicher Mobilität Kernanliegen grüner Verkehrspolitik. Das allein reicht aber nicht aus.

**D**enn weltweit stehen wir erst am Beginn der Massenmotorisierung. Der Automobilbesitz steigt in allen Ländern mit dem Pro-Kopf-Einkommen. 2006 kamen in China 26 Autos auf 1000 Einwohner (1999 erst 7!). In Deutschland liegt der Motorisierungsgrad bei 570 Autos und in den USA bei 800 pro 1000 Einwohner. Experten gehen daher von einer Verdopplung auf zwei Milliarden Autos bis 2030 aus.

Die Wirtschaftskrise wird die Autoindustrie verändern. Es werden aber mittel- und langfristig nicht weniger Autos gebaut werden, sie werden nur weniger in Westeuropa und den USA, dafür aber umso mehr in den neuen Märkten gebaut werden. In Indien wurde jüngst der Verkaufstart eines Kleinwagens (Tata Nano) für 1700 Euro gefeiert. China hat Deutschland schon 2007 in der Autoherstellung überholt.

Autos werden zu 95 Prozent mit Erdöl angetrieben. Bleibt es dabei, wird zukünftig im großen Stil Kohle verflüssigt – mit katastrophalen Klimafolgen. Wenn die Autos von morgen mit der Technik von heute fahren, sind alle Klimaschutzziele Makulatur. Auch das 2- oder 3-Liter-Auto reicht nicht aus, wenn wir weg vom Öl wollen. Es kann allenfalls ein Zwischenschritt sein.

Das Anforderungsprofil für das grüne Auto der Zukunft, das die grüne Bundestagsfraktion in ihrem Green Car Concept beschlossen hat, lautet:



**Es ist weitgehend klimaneutral.  
Es stößt keine Schadstoffe aus.  
Es ist leise.**

**Es verursacht keine schweren Unfälle mehr.  
Es ist eingebettet in ein integriertes Verkehrssystem.**

Dazu braucht es einen anderen Ordnungsrahmen für Autos. Dies betrifft insbesondere ambitionierte CO<sub>2</sub>-Grenzwerte, ein neues Temporegime 120/80/30 auf Autobahnen, Landstraßen und in der Stadt, die Beendigung des Dienstwagenprivilegs für Spritfresser und die Orientierung am Leitbild von null Verkehrstoten (Vision Zero).

Kurzfristig wirksam für den Klimaschutz ist die weitere Optimierung der Verbrennungsmotoren und eine möglichst weitgehende Hybridisierung der Fahrzeuge, eine konsequente Leichtbauweise ergänzt durch telematische Anwendungen. Aber wir müssen auch heute schon anfangen, mit der Elektromobilität die Technik von morgen in den Markt zu bringen. Brennstoffzellen/Wasserstoff sind um den Faktor drei bis vier ineffizienter als die direk-

te Stromspeicherung in Batterien. Sie sind in den letzten Jahren immer besser und sicherer geworden und haben auch ein deutlich realistischeres Kostensenkungspotenzial als die Brennstoffzelle.

Der Strom für Elektromobilität muss grün sein. Durch die Abschaffung der Stromsteuer auf erneuerbaren Strom und einen Kfz-Steuer-Malus für Kohle- und Atomstrom-Autos wollen wir die Weichen so stellen, dass Elektroautos von Beginn an mit grünem Strom fahren. Das grüne Ziel sind zwei Millionen Elektroautos bis 2020. Das entspricht rund 0,6 Prozent des deutschen Stromverbrauchs. Wenn es nach dem Jahr 2020 zu einem weitgehenden Ersatz von Verbrennungsmotoren kommt, sind wir aus der Atomkraft ausgestiegen und Regenerativstrom wird weniger kosten als Kohlestrom. Die Speicherung von Sonnen- und Windstrom in Batterien wird den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien unterstützen.

Erste Plug-in-Hybride, die mit Steckdosenstrom geladen werden können, und reine Elektroautos sind marktreif.



Ähnlich wie bei der Fotovoltaik ist die neue Technik zunächst aber teurer, da die Batteriekosten noch sehr hoch sind. Erst durch einen Massenmarkt werden die Kosten dafür sinken. China fördert Elektroautos daher mit 6700 Euro, Frankreich mit 5000 Euro, die USA mit 5000 Dollar und Großbritannien ab 2011 mit 5000 Pfund. Wenn Deutschland mit dieser Entwicklung Schritt halten will, muss es nachziehen. Deswegen wollen wir ein Marktanzreizprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro jährlich auflegen, aus dem u.a. ein Anschaffungszuschuss von anfangs 5000 Euro finanziert wird, um die höheren Kosten im Vergleich zu Öl-Autos auszugleichen.

Die begrenzte Reichweite von Elektroautos von 50-150 Kilometer sehen wir als Chance für neue intermodale Konzepte: Kurzstrecken zu Fuß oder mit dem (Elektro-) Rad, Langstrecken mit der Bahn und die mittleren Strecken mit dem ÖPNV oder – gerade auf dem Land – mit dem Elektroauto. Das Prinzip nutzen statt besitzen, z.B. mit Car-Sharing, kann durch Elektromobilität einen neuen Schub bekommen.

Daher hat die Bundestagsfraktion eine umfassende Förderstrategie für Elektromobilität beschlossen, nicht als Ersatz, sondern als einen Baustein grüner Verkehrspolitik.

Felix Beutler

**WUMS - aber HALLO!**

**ökologisch  
nachhaltig  
sicher  
rentabel**

Vereinbaren Sie einen Termin mit:

**Manfred Jörger - Vermögensplanung**  
Geldanlagen - Versicherungen - Bausparen  
Telefon 030- 611 01 88 11  
m.joerger@versiko.de



### Für eine menschliche grüne Mobilität!

Ja, Autos killen das Klima. Aber es gilt auch, dass Autos lärmern, verletzen und töten. Sie stehen 23 Stunden am Tag sinnlos im meist öffentlichen Raum herum. Autos sind asozial, sie isolieren in Eigenzeit und Eigenraum, erzeugen Konkurrenz und machen aggressiv. Straßen zerschneiden Stadt- und Naturgebiete. Autos sind unmenschlich.

Sicher steigt die Automobilisierung weltweit an, das ist der Nachholbedarf in den Schwellenländern. Dass es auch mit weniger Autos geht, zeigen Städte wie Berlin – mit gutem öffentlichen Verkehr und Radverkehrsstrategien.

Wenn das Green Car Concept aus CO<sub>2</sub>-Grenzwerten, Tempolimit und Vision Zero besteht, sollten wir es lieber wieder verschämt weglegen. Eine umfassende Elektromobilisierung ist eine teure, ferne Utopie und Wasser auf die Mühlen der Atom- und Kohlestromanhänger. Sie verbaut die Chancen einer echten Verkehrswende, in der das Privatauto nicht mehr der techniksoziologische Mittelpunkt ist.

Es gibt nichts gegen die einzelnen Forderungen des Green Car Concepts einzuwenden. Aber das eigentliche Ziel grüner Verkehrspolitik sollte eine menschenfreundliche, umwelt- und klimaschonende Mobilität sein. Wenn wir lautstark saubere Autos fordern, anstatt ihre Existenz in Frage zu stellen, kommen wir nie an dieses Ziel. Schließlich wollen wir langfristig auch 100 Prozent erneuerbare Energien und genau deswegen neue „saubere“ Kohlekraftwerke verhindern.

Robert Rädels



# Hoşgeldiniz Turkiye? Hoşgeldiniz!

Am 1. Mai jährte sich zum fünften Mal die Osterweiterung der Europäischen Union – ein Erfolgsmodell. Die Türkei, die bereits 1987 den Antrag auf Vollmitgliedschaft gestellt hatte, ist nach zähem Ringen 1999 als Beitrittskandidat anerkannt worden. Die folgenden Beitrittsverhandlungen standen 2005 wegen der Zypernfrage kurz vor dem Scheitern. Was unternimmt die Türkei und wie gehen die Mitgliedsstaaten der EU damit um – herzlich willkommen? Für uns gilt: Herzlich Willkommen!  
Eine Bestandsaufnahme:

## Kopenhagen: Die geltenden Kriterien

Grundlage für den Beitritt zur EU sind die 1993 formulierten Kopenhagener Kriterien. Die wirtschaftlichen Prämissen des Bestehens im Wettbewerb des Binnenmarktes und einer funktionsfähigen Marktwirtschaft dürften trotz der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise mittelfristig erfüllbar sein: Die seit 1996 bestehende Zollunion und der liberalisierte Güter- und Kapitalverkehr machte die Türkei zu einem der wichtigsten Handelspartner der EU. Und die Erfahrungen aus der Osterweiterung zeigen: Ein erhöhter Konkurrenzdruck auf den Arbeitsmärkten durch billige Arbeitskräfte ist ausgeblieben. Weit aus bedenklicher steht es um die politischen Kriterien: Ein Beitrittskandidat hat die Achtung und Wahrung der Menschenrechte, den Schutz von Minderheiten und eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung vollumfänglich zu garantieren.

## Wenn die Türkei in Armenien Fußball spielt ...

Die Türkei wird auf Entdeckungsreise zu den totgeschwiegenen Minderheiten im eigenen Land gehen müssen. Die Zeichen stimmen durchaus hoffnungsvoll: Mit der Möglichkeit der Eröffnung des kurdischen Fernsehens-

ders TRT 6 zeigt der türkische Staat, dem sukzessiven Löschen von Kulturen durch Verschweigen und Verfolgung ein Ende setzen zu wollen. Vollkommen offen ist die Frage, wie mit den Verbrechen des Osmanischen Reiches an den Armeniern umgegangen werden wird, die nach den Statuten der UN-Konvention nur als Genozid bezeichnet werden können. Der türkische Staat verdrängt das Jahr 1915 nach wie vor. Er findet seine gesellschaftliche Unterstützung ausgerechnet in den säkular-kemalistischen Kreisen, die über Jahre eine Anti-Genozid Kampagne gefahren haben und zudem meinten, Denkmäler errichten zu müssen – mit der zynischen Behauptung, die Türkei sei Opfer eines Völkermordes gewesen.

## ... dann stehen die Zeichen auf Bewegung

Überraschender Weise zeigt die Entdeckungsreise gerade hier sehr reale Züge: Der konservative Präsident Abdullah Gül flog im September 2008 als erster Präsident der Türkei nach Armenien, um an dem Fußballspiel Armenien – Türkei zur WM-Qualifikation teilzunehmen. Nicht nur, dass die Fahnen einträchtig flatterten und beide Hymnen im gleichen Stadionrund erklangen. Zum Ärger der nationalistischen Lager beider Seiten nahm Gül mit dem armenischen Präsidenten Sarkissjan ernsthafte Verhandlungen über den Beginn diplomatischer Beziehungen und der Einrichtung einer Kommission auf, die die Völkermordfrage behandeln soll.

Doch nicht nur in der Diplomatie werden Fenster geöffnet. Die Beitrittsverhandlungen führten bereits zu einer weiteren Demokratisierung des Landes. Die Türkei kam der Forderung der EU nach rechtsstaatlichen Strafverfahren mit einer Reform im Jahre 2005 nach, mit der unter anderem Verfahrensrechte Angeschuldigter gesichert und Schutzrechte für Frauen und Kinder eingeführt wurden. Bei all den richtigen Ansätzen sind viele Fragen offen, wie Denise Marx, unsere integrationspolitische Sprecherin in der BVV Tempelhof-Schöneberg, feststellt: Vom Umgang mit christlichen Minderheiten bis hin zum

§301 des türkischen Strafgesetzbuches, einem Einfallstor der Staatsräson. Mit der Behauptung der „Beleidigung des Türkentums“ können nach wie vor willkürlich jegliche Kritiker mundtot gemacht werden. Und nicht zuletzt an der Zypernfrage wird die Türkei sich messen lassen müssen: Die völkerrechtliche Nichtanerkennung eines EU-Mitglieds durch den Beitrittskandidaten belastet die Verhandlungen erheblich.

## In der EU: Blockadespirale verhindern

Immer wieder werden Forderungen nach einer Verlangsamung der Beitrittsverhandlungen laut. Dem Status Vollmitglied stellt die CDU eine sogenannte „Privilegierte Partnerschaft“ gegenüber. Auch verantwortliche Politiker Österreichs und Frankreichs stehen dem Beitritt ablehnend gegenüber. Insbesondere ergebe sich aus der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien kein Beitrittsautomatismus – die Forderung nach Volksreferenden über den Beitritt eines Drittlandes werden laut. Die Motive sind vielgestaltig: Agieren die Blockierer in Deutschland und besonders in Österreich auf einer kulturalistischen Negativfolie, ist es in Frankreich nicht zuletzt eine starke armenische Lobby.

Gemeinsam ist ihnen eines: Die Reformen der Türkei seien nicht ausreichend. Damit nimmt die Blockadespirale ihren Lauf. Statt auf Erreichtes zu blicken, stärkt die permanent ablehnende Haltung die Reformgegner in der Türkei. Gerade Skeptiker finden so ihre Bestätigung: Der Beitritt zur EU sei für die Türkei nicht zu schaffen. Helfen kann hier nur, die Türkei wie jeden anderen Beitrittskandidaten zu behandeln. Die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien sind zwingende Voraussetzung, um mittelfristig einem demokratischen islamischen Staat, einer Brücke zur islamischen Welt, die Aufnahme in die EU zu gewährleisten. Daran wird sich dann die EU messen lassen müssen: Es droht der Verlust ihrer Glaubwürdigkeit!

# Kottbusser Tor

## Krise am Kotti?

„Nun mal ehrlich, Herr Lux. Das ist doch so, wie wenn Fürsten einen Krieg führen – ihre erwachsenen Söhne aber nicht zu den Waffen schicken!“ So spitzte Tommy Wosch, Moderator der FRITZ-Sendung „Ab 18“, die grüne Linie in der Auseinandersetzung um die Offene Fixerszene am Kotti zu.

Im Gegensatz zu den Fürsten damals hat der grüne Bürgermeister Franz Schulz seinen Bundesvorsitzenden gefragt, ob er sich für einen Druckraum in seinem Wohnhaus einsetzen könnte. Auf jeden Fall war es ein gefundenes Fressen für die „BZ“ und andere Produkte aus dem Hause Springer. Die politische und rechtliche Verantwortung – und das hat beim grünen Ringelpiez um den Kotti kaum einer mitbekommen – liegt beim Berliner Senat, namentlich bei der Gesundheitssenatorin Lompscher (LINKE), die für besondere Patientengruppen zuständig ist.

Nun ist es an der Zeit für uns Grüne – allen voran hier im Abgeordnetenhaus – einen produktiven und toleranten Umgang mit den ca. 8000 bis 10 000 Opiatabhängigen in Berlin einzufordern; ein entsprechender Antrag ist eingereicht worden. Reflexartig gab es bereits die ersten Rückmeldungen, die eine öffentliche Debatte um das Thema fürchten. Uns Grünen steht es gut, Friedrichshain-Kreuzberg nicht alleine stehen zu lassen. Schließlich haben wir 2001 die rechtliche Grundlage für das straffreie Spritzen von Heroin in der rot-grünen Bundesregierung durchgefochten.

Viele, die sagen, das Problem mit der Offenen Fixerszene am Kotti gäbe es schon so lang wie den Kotti, haben nur teilweise recht. Denn seitdem das Parkhaus in der Skalitzer Straße zu Beginn letzten Jahres geschlossen worden ist, hat sich das Problem verschärft. Hier hatten einige Hundert Obdachlose oder Menschen auf Trebe einen Unterschlupf, der eine Alternative zum Konsum auf öffentlichem Straßenland bot. Der Druckraum „Fixpunkt“ in der Dresdener Straße konnte den Andrang mit seinen geringen Öffnungszeiten gar nicht befriedigen. Hinzu kommt, dass Fixerszenen aus anderen Stadtgebieten vertrieben worden sind und sich zu den HeroinkonsumentInnen am Kotti eine Alkohol- und Mischkonsumentenszene dazu gesellt hat.

Die Debatte um die Offene Drogenszene am Kotti als Chance zu begreifen, fällt nicht leicht. Dennoch gibt es keinen anderen Weg, als besorgte und empörte AnwohnerInnen und die Heroinabhängigen selbst an einen Tisch zu bringen, so wie es das grüne Bezirksamt bereits begonnen hat. Denn eines ist klar: Eine auf Verdrängung und Kriminalisierung ausgelegte Drogenpolitik ist zum Scheitern verurteilt. Das war die letzten Jahrzehnte so. Und das liest sich auch in den letzten Wochen so. Die Berliner Polizei vermeldet einen Schwerpunkteinsatz zur Bekämpfung der Drogenkriminalität nach dem anderen. Die Versorgungs- und Betreuungseinrichtung vermeldet dagegen, dass zahlreiche Ausweichplätze rund um das Kottbusser Tor – etwa am Moritzplatz, am Herrmannplatz und am Rathaus Neukölln – einen höheren Zulauf verzeichnen.

Benedikt Lux



## Grüner Frühling in Bildern

Viel Aktivität rund um die Bündnisgrünen. Eine Auswahl.



Am 8ten März demonstrierten die frauenpolitischen Sprecherinnen aus Landesvorstand und Fraktion gemeinsam mit der LAG Frauen- und Geschlechterpolitik für gleichen Lohn für gleiche Arbeit



Keinen Umsatz für Nazi-Klamotten.  
Grüne AktivistInnen gegen Thor Steinar



Atomkraftwerke abschalten -  
und aufessen! Eine Aktion des Kreisverbandes  
Tempelhof-Schöneberg zum Tschernobyl-Tag



Grüner Protest gegen den Weiterbau der  
A100 auf dem Bundesparteitag.  
Mit dabei: Winfried Herrmann

Wir zahlen nicht für Eure Krise! Demo für eine  
andere Welt mit großer grüner Beteiligung



Gute Stimmung war nur draussen: Ein bunter Protest gegen den  
NPD-Parteitag. Reinickendorf sagt "Nazis? Nein, danke!"



# Hinterm Puls der Zeit - Parteien in Berlin

Was macht eigentlich die Konkurrenz?  
Matthias Tang und Corinna Seide haben die  
Parteien im Abgeordnetenhaus analysiert

## Die SPD: Selbstzufrieden

Die Berliner SPD gibt sich selbstzufrieden und sonnt sich in Umfragewerten von 27 bis 29 Prozent, die zwar nicht berühmt, aber im Vergleich zur Bundespartei doch ordentlich sind. Allerdings sind sie mehr der Schwäche der CDU als zweitgrößter Fraktion im Abgeordnetenhaus geschuldet als der eigenen Kraft. Ziel- und inspirationslos agiert Wowereit mit seinem Senat. Der in der ersten rot-roten Koalition ausgerufene Mentalitätswechsel ist längst verhallt. Es wird nur noch schlecht verwaltet statt zukunftsgerichtet regiert.

Beim Klimaschutz droht Berlin immer mehr den Anschluss zu verlieren. Den Protesten gegen den Bau eines neuen Kohlekraftwerks in Lichtenberg schloss sich die SPD erst geschlossen an, als Vattenfall seine entsprechenden Pläne nach gemeinsamen Protest von Bündnis 90/Die Grünen und Umweltverbänden sowie Bürgerinitiativen begrub. Auch bei der Vergabe der Mittel aus dem Konjunkturpaket II geht der große Anteil an energetischer Sanierung auf die Vorgaben des Bundes zurück, nicht auf Initiativen der Berliner Sozialdemokraten.

Passé ist auch das Thema Haushaltskonsolidierung. Nicht erst die Krise hat das Schulden machen wieder in Gang gesetzt. Seit der Neuauflage von Rot-Rot steigen die Primärausgaben. Es fehlen ein Sanierungsziel und entsprechende Maßnahmenpakete - obendrein verlässt der deutschlandweit bekannteste Sparpolitiker Sarrazin den Senat. Gerade im Wahljahr 2009 zeigt sich, dass der SPD die Puste ausgeht. Man reibt sich mehr am Koalitionspartner Linkspartei, als Lösungen für dringende Probleme zu finden: Weder die Tarif- und Personalentwicklung im öffentlichen Dienst, noch die Zukunft der Charité oder der wachsende Schuldenberg der BVG sind geklärt.

Corinna Seide

## Die CDU: Orientierungslos

Die CDU hat es nicht geschafft, sich in der Opposition als Gegenpol zur Wowereit-SPD zu profilieren. In den Umfragen erreichte sie seit der Wahl höchstens 25 Prozent (April 2008) und liegt aktuell bei nur 20 Prozent (und damit nur zwei Prozent vor BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Die Partei kämpft vorwiegend untereinander um Posten und Einfluss, der politische Gegner gerät aus dem Blick. Das System funktionierte, so lange Landowsky und Diepgen die Fäden zogen, denn als Regierungspartei hatte man immer etwas zu verteilen.

In Oppositionszeiten zeigt sich überdeutlich, dass die CDU inhaltlich und personell vollkommen orientierungslos ist. Die Kreisvorsitzenden halten die innerparteiliche Macht in ihren Händen und lassen niemanden zu, der ihren Einfluss einschränken könnte. Friedbert Pflüger ist daran gescheitert. Frank Henkel kommt anders als Pflüger aus dem Berliner Landesverband. Ob es ihm gelingen wird, die alten Strukturen aufzubrechen, muss sich erst noch zeigen.

Die inhaltliche Orientierungslosigkeit geht vermutlich noch tiefer. So lange Diepgen regierte, braucht die CDU keine Inhalte - Regieren reichte als innerparteiliche Legitimation aus. Pflüger versuchte, die CDU in Richtung nachhaltige Großstadtpartei zu entwickeln, doch dann kam der Volksentscheid zu Tempelhof und die CDU regredierte wieder zu West-Berliner Fronstadt-Partei. Aktuell möchte sich die CDU als „Bildungspartei“ profilieren, aber schon bei der Frage nach dem zweigliedrigem Schulsystem gibt es keine klare Position. Die CDU bleibt orientierungslos.

Matthias Tang

## Die Linkspartei: Widersprüchlich

Die Linkspartei in Berlin macht einen widersprüchlichen Eindruck, der sich auch in den Umfragen zeigt: Dort schwankt sie zwischen 20 Prozent im Sommer 2008 und aktuell 14 Prozent. Deutlich wird in den vergangenen Monaten, dass die Konflikte in der Koalition zunehmen. Die Linkspartei versucht im Vorfeld der Bundestagswahl an „linkem“ Profil zu gewinnen und streitet mit der SPD um die Frage, wer die Sozialste im ganzen Land sei. Der Landesvorsitzende Klaus Lederer wirft der SPD vor, sie wolle die Stadt nicht gestalten, sondern beschränke sich auf das Verwalten. Die Linkspartei spielt wie weiland die SPD in der großen Koalition die Opposition im Senat.

Die drei SenatorInnen der Linkspartei versuchen, den Widerspruch zwischen Regierungstätigkeit einerseits und „Lafontaine-Opposition“ andererseits zu überdecken und bleiben dementsprechend blass und widersprüchlich: EU-Reformvertrag, Konjunkturpaket II, Föderalismusreform II - alles wird abgelehnt. Aber die finanziellen Mittel von der EU, aus dem Konjunkturpaket oder der Föderalismusreform werden freigiebig verteilt, und zwar vorwiegend an Projekte und Stadtteile, in denen die Linkspartei ihr Klientel sieht.

Klientelpolitik scheint der strategische Fixpunkt der Linkspartei zu sein. Lange verweigerte sich die Linkspartei der zweigliedrigen Schulstruktur, weil sie ihr Projekt „Gemeinschaftsschule“ gefährdet sah, ein Projekt, mit dem sie nicht zuletzt im Ostteil der Stadt Identität stiften will. Auf die Landesliste der Partei für die Bundestagswahl wurden auf den ersten vier Plätzen ausschließlich Menschen mit Ostbiographie gewählt, ein Zeichen dafür, dass es vor allem um die Wähler und Wählerinnen in den Hochburgen geht.

Matthias Tang

## Die FDP: Mehr vom Alten?

Was aus der Berliner FDP in der Ära nach Fraktionschef Martin Linder wird, bleibt abzuwarten. Als der Westerwelle der Berliner Landespolitik ließ er kaum eine Plenarsitzung aus, sich die Aufmerksamkeit der Medien vor allem durch bisweilen völlig überzogene Debattenbeiträge zu sichern. Auch wenn er so die Koalition einschließlich Wowereit gerne zur Weißglut trieb, dahinter blieb die FDP programmatisch schwach. Freiheit, Privatisierung und Bürokratieabbau sind die ewigen Themen. Neue Antworten auf die Herausforderungen der weltweiten Krise, die auch vor Berlin nicht Halt macht, vermisst man.

Ansonsten waren die Liberalen lange Zeit mehr mit sich und ihren innerparteilichen Personalquerelen beschäftigt als mit Politik. Daher überrascht es, dass sie in 2009 in Berlin mit beständig zweistelligen Umfragewerten (im April mit 12 Prozent) aufwarten. Sie profitieren hier eindeutig vom positiven Bundestrend. Die Zeiten, da die FDP wie in den 90er Jahren um den Sprung ins Abgeordnetenhaus bangen muss, sind Geschichte. Und damit das Fünf-Parteien-System in Berlin längst eine feste Größe. Und im Vergleich zur vergangenen Legislaturperiode hat sich die FDP als zuverlässiger Partner auf der Oppositionsbank erwiesen: Wenn es darum geht den Senat in Fragen, wo man programmatisch zusammensteht, zu treiben - sei es bei der Einsteiniftung, sei es im Untersuchungsausschuss Spredreieck.

Ob die FDP unter ihrem neuen Fraktionschef Christoph Meyer offener und integrativer wird, wird sich erst zeigen müssen.

Corinna Seide



## Höchste Auszeichnung für Integrationsprojekt in Lichtenberg

Seit vielen Jahren helfen Noémi (70) und Hans-Martin Krüger (71) Migrantinnen und Migranten bei kleinen und großen alltäglichen Problemen. Für dieses vorbildliche Integrationsprojekt sind beide kürzlich von höchster Stelle geehrt worden.



Viele nennen Kreuzberg, Schöneberg oder den Wedding wenn es um Stadtteile mit hohem Migrationsanteil geht. Nur wenigen ist klar, dass nordöstlich des Ring-Centers viele Menschen vor allem mit osteuropäischen Wurzeln wohnen, so dass auch in Lichtenberg und Hohenschönhausen ein großes Bedürfnis von Menschen mit ausländischen Wurzeln nach Integration besteht, nach Teilnahme am öffentlichen Leben. Und ein Bedürfnis nach Menschen, die sich darum kümmern.

Hans-Martin Krüger, der sich gern selbst als „Organisaurus“ bezeichnet und durch sein Engagement den Grünen im Kreisverband Lichtenberg bestens bekannt ist, leistet mit seiner Frau Noémi diese Arbeit. Ihr Verein „Bürgerinitiative Ausländische MitbürgerInnen“ bietet schon seit Ende der 1990er Jahre kostenlosen Englisch-Unterricht an. Die Initiative hat sich von Anfang an um unentgeltliches Lehr- und Lernmaterial gekümmert, weil die „Schülerinnen und Schüler“ – meist dem Pennäler-Alter lange entstiegen – Sprachbücher unmöglich aus ihrer kärglichen staatlichen Unterstützung selbst bezahlen können. Hans-Martin und Noémi legen Wert darauf, dass nicht nur frontal im Gruppenraum gelehrt und gelernt wird. Der Unterricht wird genutzt, verschiedene öffentliche Einrichtungen Berlins zu erkunden, Stadtteile kennen zu lernen und andere Schätze der Stadt zu entdecken.

Eine verbesserte Sprachkenntnis hilft zwar bei der Eingewöhnung im fremden Land, doch Migrantinnen und Migranten – etwa aus Weißrussland, dem Irak, Kasachstan oder Vietnam – haben oft handfeste alltägliche Probleme, sich in der für sie neuen Welt zurecht zu finden. Deshalb sind Hans-Martin und Noémi auf der Suche nach weiteren Möglichkeiten zur Verbesserung der Integration. Im Jahr 2006 hoben sie das Projekt „Sehweisen verändern – Zugang eröffnen“ aus der Taufe. Die „Schülerinnen und Schüler“ lernen, mit Lebensmitteln, Produkten und der Stadt umzugehen. Nicht zuletzt steht als Ziel im Raum, Hindernisse für die Aufnahme einer eigenen Arbeit abzu-

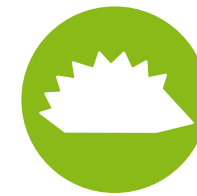
bauen. Das Projekt ist sehr erfolgreich und wird auch vom Europäischen Sozialfonds unterstützt.

Hans-Martin, freiberuflicher Fotograf, und Noémi, Übersetzerin und Kauffrau, geht es dabei nicht nur darum, die hiesigen Lebensgewohnheiten und Strukturen zu vermitteln. Es geht nebenbei auch ums Kennenlernen. Über gemeinsames Kochen, Lernen, Arbeiten, Diskutieren wird der Integrationsstand permanent auf die Probe gestellt. Gelernt wird etwa, wie man mit Nachschlagewerken umgeht, welche Artenvielfalt in der Region herrscht, wie man sich im Haushalt zurecht findet oder welche Werte das Grundgesetz bereit hält. Gerade bei letzterem werden auch keine vermeintlich heißen Eisen umschiffen. Diskussionen über die Todesstrafe gehören ebenso dazu wie über Preisbildung und Kunst. Durch Rede und Gegenrede wird gelernt andere Sichtweisen zu akzeptieren und vielleicht sogar, die eigene zu revidieren.

Ist man mit Krügers im Bezirk unterwegs, werden sie nicht nur von Bekannten aus den Kursen freundlich begrüßt, sondern auch von Menschen, bei denen sich das Engagement herum gesprochen hat und die es zu würdigen wissen. Dass Hans-Martin auch bei Bündnis 90/Die Grünen aktiv ist, bringt der Partei Pluspunkte ein. Politischer Anspruch und praktische Arbeit gehen hier Hand in Hand.

Ich habe Hans-Martin einmal nach seinem Antriebs gefragt und bekam als Erklärung: „Wir kommen eigentlich aus Bad Homburg und waren in Berlin dadurch ja auch so etwas wie Migranten.“ Aber es ist keine Notgemeinschaft, sondern Menschlichkeit und Verantwortungsbewusstsein. Offenbar bereitet den beiden die zu starke Orientierung auf ihre Leistung Unbehagen. Jetzt müssen sie das ertragen. Der Bundespräsident hat Noémi und Hans-Martins jahrzehntelanges Wirken jetzt mit der Verdienstmedaille geehrt. Es wurde Zeit.

André Stephan



## Kriselnde Fett-Weg-Wochen: Der Gürtel wird enger

Ihr Lieben,

Krise, Krise, Krise, alle reden von der Krise, als hätten wir keine anderen Sorgen. Was soll eigentlich ich dazu sagen? Ich – ich habe die Krise, nein, die Krisen, erfunden! Finanzkrise, Klimakrise, Modekrise, Ernährungskrise – Romane könnte ich darüber schreiben.

Die Finanzkrise – mit meinem Wissensschatz hätte sie verhindert werden können! Meine erste modische Finanzkrise hatte ich 1993 (kurz nach der kritischen Neonfarbenphase in den End-80ern). Als progressives Kind mit Visionen und Stilempfinden wusste ich, dass die richtigen Accessoires ein Must-have sind, wenn man auf den Schulhof wer sein will: Meine Must-haves waren schwarz und von Nike, mit meinen fünf Mark Taschengeld aber vollkommen utopisch. Als krisenerprobtes Terror-Blag machte ich meinen Eltern das Leben zur Hölle, doch die Weltverbesserer und Gegner von Gruppenzwängen rückten die Kohle einfach nicht raus, bis sie mir zu Weihnachten 60 Mark in Form eines Turnschuhgutscheins überreichten. Reich, aber noch immer zu arm, reichten die 60 Mark nicht an meine Schuhe ran, schließlich hatte ich eine exklusive Stilmission. Ein zinsloser Kredit meiner Großmutter schließlich machte mich zum Star des Schulhofs, bis die dicke Mandy plötzlich erklärte, dass Nikes echt out wären. Jetzt hatte ich `nen Sack voll Schulden, stand in Prestigeobjekten, die keiner mehr wollte, und spätestens als mir die Dinger auf dem Nachhauseweg abgezogen wurden, war klar: mit chinesische Billigimitaten, weniger Gier und einer geschickten Präsentation wäre der Effekt größer und die gesamte Krise zu verhindern gewesen.

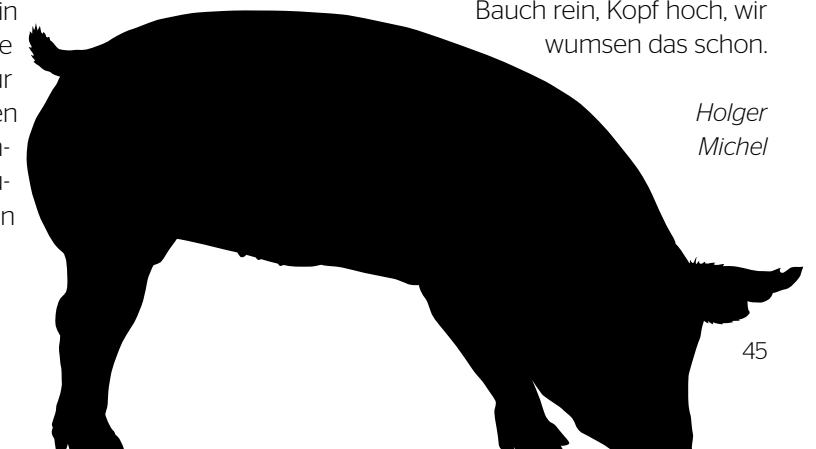
Seit dem begegne ich Krisen sehr positiv. Diese Klimakrise zum Beispiel: Wer will sich darüber beschweren? Ich ziehe Bananen auf meinem Balkon, bin ganz ohne Tussitoaster braun wie Bohlen (nur ohne Falten), habe vielleicht in wenigen Jahren einen Ostseestrand in Berlin und gebe daher mein bestes, die Klimakrise nicht zu beenden: Im Zuge des „Du bist zu fett für diesen Sommer“ gehe ich joggen, jawohl! Joggen ist nämlich eine Klima-Sünde. Bis zu 15.000 Tonnen zusätzliches CO2 werden durch Marathonläufe allein in Deutschland produziert, weil wir hecheln und keuchen. Klingt komisch, ist aber so.

Wer aus dogmatischen Gründen trotzdem gegen die Klimakrise ankämpfen, keinen Hechelsport machen und gleichzeitig die Fett-Weg-Wochen ausrufen möchte, sollte sich ein „Pasta ist böse“-T-Shirt kaufen und im Zuge des CO2-neutralen Fettfitnessprogramms einfach aufhören zu essen. Denn dicke Menschen sind schlecht fürs Klima: Sie essen mehr, müssen mit mehr Energie transportiert werden, brauchen mehr Wasser beim Duschen (was weniger Wasser beim Baden nur bedingt ausgleicht!), kurzum: Sie verbrauchen zu viel. Würde ich nie sagen, sagen aber britische Forscher. Bewaffnet mit diesem Wissen wird Heidi Klum in Zukunft eine politische korrekte Argumentation bei ihrem Programm des Domestizierens magersüchtiger Frettchen haben (bisher zeichnen sich die Next Topmodels ja eher durch geistige Anorexie aus: „Ich weiß nicht, ob ich intelligent bin. Aber doof bin ich nicht. Vielleicht komm' ich so rüber - aber ich bin nicht doof.“), und damit gleichzeitig die globalkriselnde Modebranche in den Griff bekommen. Die hat das ja wahrlich nötig (armes Escada, erst so scheußliche Klamotten, jetzt auch noch pleite).

Apropos global: Europa hat's erwischt: Schweinegrippe. Dass sie als erstes in Bayern aufplopte, hat mich nicht gewundert, das Land der Söders und Seehoofers ist prädestiniert für Schweinereien. Aber jetzt ist sie plötzlich überall, und Schuld daran ist die böse Globalisierung, Attac hatte recht. Die Mexikaner brachten uns erst Tacos und Guacamole und jetzt die Schweinegrippe. Nun werden wieder mehr im ehemaligen Regenwald gezüchtete Kühe gegessen, die das Klima warm furzen. Ein Teufelskreis, von der Krise in die Krise. Auch dafür hätte ich ein Schlachtplan, doch selbst die Stacheligen schnallen den Gürtel enger und geben mir nur sehr begrenzten Platz.

In diesem Sinne: Euch allen ein sonniges Krisenjahr,  
Bauch rein, Kopf hoch, wir  
wumsen das schon.

Holger  
Michel





**LeserInnenbrief zur Pro Reli-Debatte in Stachlige Argumente Nr. 172**

„Halt Du sie dumm, ich halt sie arm“, sprach der Fürst zum Bischof

Auch wenn das Pro und Contra in den Stachligen Argumenten noch ziemlich moderat gehalten war, die reale Auseinandersetzung verlief anders.

Teile des bürgerlichen Lagers, flankiert durch die beiden großen christlichen Kirchen, zettelten mit Pro Reli einen Kulturkampf an und verlieren ihn krachend. Nicht nur das Quorum von 25 Prozent Ja-Stimmen wird nicht erreicht, eine Mehrheit der Abstimmenden spricht sich gegen die Initiative aus. Dabei hätten sie nur zu Hause bleiben können, um einen Erfolg von Pro Reli zu vereiteln. Aber der Ärger über die Tonlage der Kampagne – eine triviale schulpolitische Frage wird zur Freiheitsbedrohung stilisiert – treibt einen Teil der Gegner an die Urne.

Und die Medien, allen voran der Tagesspiegel, interpretiert das Ergebnis auf der Folie des Ost-West-Ressentiments. Die heidnischen Osis haben angeblich der Initiative diese Niederlage bereitet. Doch hätte nur das ehemalige Westberlin abgestimmt, so wäre das Ergebnis das gleiche. Das Quorum wurde auch hier nicht erreicht!

Und die Verlierer – allen voran die CDU und die Kirchen. Sie fordern in ihrer Arroganz den Senat auf, jetzt einen Kompromiss zu suchen. Es ist den Kirchen nur gelungen, etwa ein Drittel der Kirchenmitglieder zu einem positiven Votum an der

Urne zu bewegen. Dieser kleinen radikalen Minderheit von 14 Prozent soll die übergroße Mehrheit einen Kompromiss anbieten? Nein, das Ergebnis ist eindeutig und wenn die Kirchen die Grundregeln der Demokratie nicht begreifen, dann muss der Kulturkampf zu Ende geführt werden.

Bis zur endgültigen Trennung von Kirche und Staat wie in Frankreich.

*Else Gold*

**LeserInnenbrief zum Titel "20 Jahre friedliche Revolution" Stachlige Argumente 173:**

„Aldi ist alle“ gegen „Keine Gewalt“

In Eurer letzten Ausgabe lese ich: „Ich werde nie den Tag vergessen, als mein Vater [...] vom Einkaufen nach Hause kam und knapp verkündete: „Aldi ist alle!“. Beim Lesen dieses Satzes von Holger Michel musste ich lange nachdenken. „Aldi ist alle!“ - was hat Aldi mit der Friedlichen Revolution zu tun? Langsam dämmerte es mir --- und ich begriff die ganze Kalamität der 20 Jahre Vereinigungsgerangel. Meine Erinnerung an den selben Tag: „Nie werde ich den Tag vergessen, als wir vor Freude auf dem Alex, die Karl-Liebknecht-Straße entlang über den Schlossplatz in die Breite Straße hinein tanzten und skandierten: Keine Gewalt!“ [...]

Offenbar hat die Episode „Keine Gewalt“ für viele keine Bedeutung

mehr. In Eurem Heft wird sie von Werner Schulz - ihm sei Dank - erwähnt. Für fast alle Westdeutschen ist allein Eure Geschichte maßgeblich. Wir aus dem Osten stellen ein Fünftel der Nation, so folgt denn das Leitgedächtnis des Volkes den Westgedenkstationen. Mit großer Freundlichkeit wird die Geschichte der alten Bundesrepublik uns Ostdeutschen angeboten zum Teilen. Sehr freundlich! Vielen Dank!

Susan Neimann, Amerikanerin, Autorin des Buches „Fremde sehen anders“, sieht mehr als die eigenen Landsleute. Sie weist darauf hin, das jenes Jahr 1968 im Ausland positiv registriert wird, weil die 68iger die Schuldfrage gestellt haben. Sie weist auch darauf hin, dass die Deutschen hohe Anerkennung genießen für die gewaltfreie Wiedervereinigung. Ich füge hinzu: In der leisen Revolution konnten die Träger für kurze Zeit den Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus propagieren, den man heute so angestrengt sucht, den „dritten Weg“. Das alles kann immer wieder und nicht laut genug gesagt werden.

*Ilse-Marie Sänger,  
KV Marzahn-Hellersdorf*

**Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe - bitte mit Anschrift elektronisch zusenden - gekürzt zu veröffentlichen. LeserInnenbriefe spiegeln nicht die Meinung der Redaktion, sondern die Meinung der Zusendenden.**



**Mi 27. Mai, 19:30 Uhr**  
Gute Arbeit - für ein besseres Europa!  
Eine Veranstaltung von Bündnis 90/Die Grünen Berlin  
Mit Renate Künast, Elisabeth Schroedter, Ska Keller.  
WeiberWirtschaft eG,  
Anklamer Straße 38, 10115 Berlin

**Sa 30. Mai, 14 Uhr**  
Berliner Mauerstreifzüge - Teil I  
Mit dem Rad entlang der ehemaligen Mauer Die erste Etappe der „Mauerstreifzüge“ mit Michael Cramer beginnt in diesem Jahr am Potsdamer Platz (historische Ampel) und führt entlang der ehemaligen Mauer bis zum S-Bahnhof Köllnische Heide  
Potsdamer Platz, Berlin

**So 31. Mai, 20 Uhr**  
Grün rockt Europa - Heiße Wahlkampfphasen - Party  
Poetry Slam, Live Musik, DJs  
Kiki Blofeld Club, Köpenicker Str. 48/49, 10179 Berlin

**Do 4. Juni, 18 Uhr**  
Bündnisgrüner Wahlkampfhöhepunkt zur Europawahl - Mit: Rebecca Harms, Reinhard Bütikofer, Renate Künast, Claudia Roth & P.R. Kantate  
Kulturbrauerei, Schönhauser Allee

**So 7. Juni, 11-18:30 Uhr**  
Umweltfestival Berlin und Fahrradsternfahrt  
Eine Veranstaltung der Grünen Liga.  
Brandenburger Tor, Berlin

**Di 9. Juni, 19 Uhr**  
30 Jahre ufaFabrik  
Mit Renate Künast, Klaus Wowereit und Juppy.  
UfaFabrik Berlin e.V., Viktoriastraße 10 - 18

**Fr 19. Juni, 19 Uhr**  
Heimat. Wir suchen noch.  
Grüne Kulturkonferenz  
Eine Veranstaltung der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages, Konrad-Adenauer-Straße, 10557 Berlin

**Impressum**

Stachlige Argumente 31. Jahrgang Heft 2/2009 Nr. 174

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Berlin

Redaktion (V.i.s.d.P): Christine Dörner, Katrin Langenbein, Ronald Wenke

Freie MitarbeiterInnen: Gotthard Lienecke, Djuke Nickelsen, Holger Michel, Rainer Milletat, Oliver Münchhoff, André Stephan. Freie Mitarbeit ist jederzeit möglich, bitte einfach zu den Redaktionssitzungen kommen (i.d.R. Montags, 18:30 Uhr)

Ständige Mitarbeiterin: Petra Sonnenstuhl  
Chef vom Dienst: Ronald Wenke

e-mail: stachlige.argumente@gruene-berlin.de  
Redaktionsanschrift: Kommandantenstrasse 80, 10117 Berlin  
fon: 615 005 0 (Zentrale)  
Wir bitten, die Beiträge per e-mail an uns zu senden.  
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 5. August 2009

Satz/Layout: Stephanie Heising  
Druck: Oktoberdruck

Bezug: Die Stachligen Argumente erscheinen viermal jährlich. Der Preis ist für Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder Einzelpreis 2,10 Euro  
Postgirokonto Berlin Nr. 524 66 -103, BLZ 100 100 00

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier



# Aufgepasst, wenn Sie aus Ihrer Haustür treten!

- Keine sechsspürige Autobahn mitten in der Stadt! Lärm und Abgase werden die Wohnqualität sehr verringern. Staus werden diese Belastung noch vergrößern, weil der geplante Anschluss am Treptower Park dem Aufkommen gar nicht gewachsen ist.
- Kein Millionengrab Autobahn! Die 420 Millionen Euro lieber in Bus und Bahn investieren!
- Gewachsene Garten- und Wohnstrukturen zwischen Neukölln und Treptower Park erhalten!

Keine Verlängerung durch mein Wohngebiet. A 100 stoppen!

